Soziale Stadt info 16

www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Februar 2005

Schwerpunkt: Bildung im Stadtteil

Neue Bildungsorte für Kinder und Jugendliche. Aktuelle Positionen des Bundesjugendkuratoriums 2

Gemeinsame Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ 5

Zur Beziehung von Schule und „Soziale Stadt“ – Zu hohe Erwartungen an eine „Affäre“? 9

„Schule im Stadtteil“. Strategien zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien 12

„Partnerschaft Schule – Betrieb“. Ein Projekt der Industrie- und Handelskammer Berlin 14

Was Schule für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung leisten kann. Beispiele aus der Dortmunder Nordstadt 16

Soziale Stadt – meine Sicht 20

Berufsfrühorientierung mit „Praxispilot“ im URBAN II-Gebiet „NORD:Stadt“ Neubrandenburg 22

Jugendhilfe und Schule. Ihre Kommunikation und Kooperation bei besonderen Problemlagen von Schülerinnen und Schülern 23

Link-Sammlung zum Thema Bildung 27

Fünf Jahre Soziale Stadt in Bayern. Fachtagung „Städtebauförderung in Bayern“ in Augsburg 26

Veranstaltungshinweise 21/28

Impressum 4

Hinweis zum Bezug von Soziale Stadt info 19

Liebe Leserinnen und Leser,

Defizite und Versäumnisse der deutschen Bildungspolitik sind in letzter Zeit durch Publikationen (PISA-Berichte, OECD-Studie) verstärkt in die öffentliche Diskussion geraten: Im internationalen Vergleich erweisen sich die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler als eher mittelmäßig, die Bildungsausgaben und Unterrichtszeiten liegen unter dem internationalen Durchschnitt. Als überaus negativ ist auch zu vermerken, dass in Deutschland Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft abhängt.

Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit niedrigem Sozialstatus – vor allem aus solchen mit Migrationshintergrund – sind von Erfolgen in schulischer und beruflicher Bildung weitgehend abgeschnitten, wenn sie nicht zusätzlich gefördert werden. Geringe Bildung aber bedeutet Benachteiligung: hinsichtlich sozialer und kultureller Integration wie Berufs- und Beschäftigungschancen. Die Folgen zeigen sich in den Programmgebieten der Sozialen Stadt besonders deutlich. Das Handlungsfeld „Schule und Bildung im Stadtteil“ ist bereits in den Ergebnissen der Programmbegleitung als zentral und intensivierungsbedürftig herausgestellt worden. Mit den Ergebnissen der bundesweiten Zwischenevaluierung wird dieser Befund bestätigt, gar bekräftigt.

Aus mehreren Beiträgen in diesem Heft wird ersichtlich: in benachteiligten Stadtteilen muss ein offensives gebietsbezogenes Bildungsmanagement aufgebaut werden. „Bildung ist mehr als Schule“, diese inzwischen verbreitete Erkenntnis verweist darauf, dass es um eine *integrierte* Sozial-, Familien- und Bildungspolitik geht, dass die Übergänge von Kindergarten, Schule und Beruf mehr Beachtung verdienen und Schulen, Betriebe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Quartiermanagement in vernetzte Strukturen eingebunden werden müssen.

Die innovativen Projekte für neue Unterrichtsformen und -inhalte, die viel versprechenden Ansätze zur Öffnung von Schulen in den Stadtteil und zur Vernetzung bildungsbeteiligter Akteure und Institutionen nehmen zu – hierfür stehen auch manche Beiträge in diesem *info*. Doch aus diesen Ausnahmen muss noch die Regel werden, die Projekte müssen „Schule machen“.

- Ihre Difu-Projektgruppe Bundestransferstelle Soziale Stadt

Neue Bildungsorte für Kinder und Jugendliche

Aktuelle Positionen des Bundesjugendkuratoriums in der bildungspolitischen Debatte

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) hat sich – als Beratungsgremium der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendpolitik und Jugendhilfe (nach § 83 Abs. 2 Sozialgesetzbuch Achtes Buch: Kinder und Jugendhilfe [SGB VIII/KJHG]) – in den letzten Jahren kontinuierlich mit dem Thema Bildung und Jugendhilfe beschäftigt und sich für ein neues, umfassendes Verständnis von Bildung ausgesprochen[1]. Zuletzt hat das BJK in einer Stellungnahme zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung" der Bundesregierung (IZBB) auf die gleichrangige Bedeutung der unterschiedlichen Bildungsprozesse formeller, nichtformeller und informeller Art und ihrer komplementären Wirkung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hingewiesen sowie in diesem Sinne für eine neue Kooperation von Jugendhilfe und Schule plädiert. In der Stellungnahme enthalten ist die *Forderung nach einer neuen Schule, die in gemeinsamer Verantwortung mit der Jugendhilfe gestaltet wird,* um Kinder und Jugendliche besser und gerechter zu fördern[2]. Inzwischen sind – auch durch das IZBB – an vielen Orten unterschiedliche Aktivitäten zur Einrichtung von Ganztagsschulen begonnen worden.

Das BJK setzt sich nunmehr erneut mit dieser Frage auseinander, weil zunehmend Zweifel aufkommen, ob sich in der Praxis der Schule auch tatsächlich Veränderungen im Sinne weiterführender Konzepte durchsetzen. Unklar ist auch, ob dort die strukturellen Voraussetzungen für Kooperationen geschaffen werden oder nur sporadisch zusammengearbeitet wird. Etliche Debatten gehen außerdem nach Einschätzung des BJK an der realen sozialen und ökonomischen Lage vieler Kinder und ihrer Familien vorbei. Die Auseinandersetzungen werden nach wie vor anhand von „Schubladen" geführt; sie sind zu wenig auf die Kinder und Jugendlichen ausgerichtet und stellen zu sehr die bestehenden Institutionen, die Schule und die Kinder- und Jugendhilfe, in den Mittelpunkt. Schule gelingt es außerdem weiterhin nicht, die Ursachenverkettung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu durchbrechen. Das Recht jedes Kindes auf Bildung wird so massiv beeinträchtigt. Die Lage zugunsten bildungsschwacher oder bildungsferner Schichten zu ändern, setzt nach Auffassung des BJK nicht nur voraus, dass sich Schule sowohl strukturell als auch in ihren Instrumenten und Methoden verändert und sich einem umfassenden Verständnis von Bildung öffnet. Es verlangt auch eine sozialräumliche Öffnung und eine Integration von „außerschulischen" Bildungsprozessen in den Schulalltag. Darüber hinaus weisen die Befunde darauf hin, dass es einer neuen integrierten Sozial-, Familien- und Bildungspolitik auf kommunaler Ebene bedarf.

Das BJK sieht es als dringend erforderlich an, vor Ort umfassende Bildungs- und Erziehungskonzepte zu entwickeln, die von lokalen Bündnissen für Bildung zusammengeführt, gebündelt und inhaltlich wie konzeptionell ausgestaltet werden. So könnten schließlich neue, zivilgesellschaftlich verankerte Bildungsorte für Kinder und Jugendliche entstehen, vorausgesetzt, die Schulen lassen sich in einen solchen Prozess einbinden und bringen sich verbindlich ein.

In diesem Sinne hat das BJK unter dem Titel „Neue Bildungsorte für Kinder und Jugendliche" mittlerweile ein weiteres Positionspapier verfasst, das der Bundesregierung vorliegt. Das BJK möchte damit eine erweiterte gesellschaftspolitische Sichtweise in der Diskussion um Jugendhilfe und (Ganztags-)Schule befördern. Es bedarf nämlich einer neuen „Ganztagsbildung" für Kinder, die weder in der herkömmlichen Schule noch durch die bisherige Jugendhilfe allein zu realisieren ist, sondern eine weitgehende Umgestaltung aller Bildungsträger sowie neue Formen und Qualitäten der Kooperation in den Kommunen und Regionen voraussetzt. Dabei stehen folgende fünf Gesichtspunkte im Zentrum der Überlegung:

1. Bildungs- und Entwicklungschancen müssen sozialräumlich gestaltet und zivilgesellschaftlich ausgerichtet werden

Bildungs- und Entwicklungschancen sind räumlich sehr unterschiedlich verteilt. Der Wohnumgebung kommt eine wesentliche Bedeutung in der Persönlichkeitsentwicklung und in der Beziehungsaufnahme zur Umwelt zu. Dies umso mehr, wenn der Erfahrungs- und Bewegungsspielraum klein und fast ausschließlich auf diesen Nahraum beschränkt ist. Charakteristisch für prekäre Lebenslagen von Familien wie Armut und Arbeitslosigkeit ist, dass sie weitere Desintegrationseffekte z.B. auf soziale Netze, die Gesundheitsversorgung und insbesondere auf den Bildungsbereich haben. Deshalb bedarf es einer neuen, öffentlichen Verantwortung für Bildung, die im sozialen Nahraum der Kinder und Jugendlichen gemeinsam auszugestalten ist. Eine zukunftsfähige Bildungs-

und Sozialpolitik muss bei den Lebenslagen, Lebenswelten und Ressourcen der Kinder und Jugendlichen ansetzen und darf nicht von engen Ressortgrenzen oder institutionellen Interessen ausgehen. Der aktuelle Diskurs vernachlässigt die erforderliche Anstrengung vor Ort. Dort geht es darum, kleine Netze (sozialer Nahraum, Nachbarschaft) mit großen Netzen (Jugend- und Sozialpolitik, öffentliche Dienstleistung) zu verknüpfen. Partnerschaften und Projekte im lokalen Raum sind zu aktivieren, Eigeninitiative, Selbsthilfe und nachbarschaftliche Hilfe ausreichend zu unterstützen.

2. Die Förderung muss individuell erfolgen und von den Bedürfnissen der Kinder ausgehen

Durch eine systematische und individuelle Bildungsförderung sind die biografischen Besonderheiten jedes einzelnen Kindes, ob Junge oder Mädchen, mit oder ohne Migrationshintergrund, bildungsnah oder bildungsfern, zum Ausgangspunkt zu machen. Bildungsförderung meint hier nicht allein die Erweiterung von Wissen im kognitiven Bereich, sondern schließt die soziale und emotionale Persönlichkeitsbildung mit ein.

Die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen setzt voraus, dass jedes Kind Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätte und Schule sowie Angebote der Jugendhilfe als Lern- und Lebensräume erlebt, in denen seine Entwicklung – eng abgestimmt mit dem Elternhaus – gefördert wird. Daneben bedarf es der Möglichkeiten und Freiräume für Selbstorganisation und Selbstbildung von jungen Menschen, wie sie etwa die Jugendarbeit bietet. Von diesen – den Kindern und Jugendlichen zu schaffenden – Entwicklungsmöglichkeiten sind Forderungen abzuleiten, die sowohl die öffentlichen Institutionen als auch die Eltern in die Pflicht nehmen. Das Land und die Kommune müssen günstige Rahmenbedingungen für die von ihnen zu verantwortenden Handlungsbereiche gewährleisten.

Das BJK ist der Meinung, dass die Orientierung und Ausrichtung an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendlichen sowie an den Erfordernissen der Gesellschaft ein *neues Gesamtkonzept von ganztägiger Bildung* erfordern und mit der Einrichtung *neuer Orte für Bildung* einhergehen müssen.

3. Bildungsorte sind als Orte öffentlicher Verantwortung zu verstehen

Schon im Elften Kinder- und Jugendbericht[3] wird herausgearbeitet, welche Bedeutung der soziale Nahraum für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hat. Dort wird auch auf die bildungspolitische Erkenntnis verwiesen, dass sich Lernen und Bildung im Sinne des weit gefassten Bildungsbegriffs nicht auf „pädagogische Institutionen“ reduzieren lassen.

Neue Bildungsorte und Bildungsformen können nur aus einer gemeinsamen Anstrengung aller Akteure resultieren. Voraussetzung hierfür ist, dass die Zuständigkeit für Bildung nicht an einzelne Institutionen abgegeben, sondern gesamtgesellschaftlich Verantwortung für Bildung übernommen wird: von den Kindern und Jugendlichen selbst, von der Schule, der Jugendhilfe, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Kommunen, den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, dem Land und dem Bund. Erforderlich ist auch ein besonderes Engagement professioneller Kräfte der Bildung und der Sozialarbeit, die ihre jeweiligen Kompetenzen einbringen und Hand in Hand an dem gemeinsamen Ziel arbeiten. Für Kinder und Jugendliche muss sich Bildung an Bildungsorten manifestieren; diese sollen sichtbar, attraktiv und offen zugänglich sein. Diese Orte müssen als gestaltbare Räume der Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien mitgetragen und gestaltet werden, sie dürfen nicht mit Angst besetzt sein oder Ablehnung erzeugen.

4. Auch die Jugendhilfe muss sich ändern

Die gemeinsame Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung verlangt einen konkreten Ort. Damit im Stadtteil neue Bildungsorte entstehen, stellen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren dazu ihre Infrastruktur zur Verfügung und werden zum räumlichen Kristallisationspunkt für angebots- und einrichtungsübergreifende „Stadträume“ als „Bildungsorte“. Dass auf diese Weise Orte entstehen, die eine integrierte Kinder- und Jugendförderung und Bildung gewährleisten, stellt die Kinder- und Jugendhilfe trotz bereits vorliegender Erfahrungen mit Sozialraumorientierung vor große Herausforderungen: Noch arbeitet sie überwiegend getrennt nach Lebensphasen und in ihren spezifischen „Säulen“ – was eine biografisch orientierte Begleitung und die Gewährleistung von individuell maßgeschneiderter Förderung erschwert. Um integrierte Dienstleistungen zu verwirklichen, müssen Ressourcen für die Einrichtung eines Netzwerkes von Bildungsorten erschlossen werden. In diesem Netzwerk kann ein breit gefächertes Dienstleistungsangebot für Kinder, Familien und ihr kommunales Umfeld vorgehalten werden. An den Bildungsorten sollen qualifizierte vorschulische und schulische Kindererziehung und -betreuung, Unterstützung der Familien und Dienstleistungen des Gesundheitswesens gebündelt angeboten werden. Sie können Eltern und Trägern von Bildungseinrichtungen für Kinder aller Alterstufen im jeweiligen Sozialraum als Anlaufstellen dienen.

5. Es gilt eine neue lokale Bildungs- und Sozialpolitik zu etablieren

Wenn Kommunen erkennen, dass kommunale Bildungspolitik eine Zukunftsaufgabe darstellt, der sie nachkommen müssen, gilt es die unter-

schiedlichen Politikfelder, die Kinder und Familien betreffen, stärker als bislang zueinander in Beziehung zu setzen und integrierte Dienstleistungen zu erbringen. Die Chance der einzelnen Kommune läge darin, sozialräumliche Ressourcen – sei es im Stadtteil oder in der ländlichen Gemeinde – zu erschließen und zu nutzen und alte „Versäulungen" zu überwinden. Denn um den neuen Bildungsort in einem Netzwerk von Beratungen, Angeboten und Diensten für Kinder und ihre Familien anzusiedeln und zu gestalten, bedarf es der politischen und verwaltungstechnischen Unterstützung und Umgestaltung durch die Kommune. Sie muss Leitziele mit den Akteuren vor Ort in den Stadtteilen aushandeln, Sozialraumbudgets zur Verfügung stellen und das Controlling auf gesamtkommunaler Ebene übernehmen. Dies setzt außerdem voraus, dass auf nationaler und landespolitischer Ebene pädagogische Bildungsstandards entwickelt werden, die von den Kommunen aus Stadt- und Stadtteilentwicklungsperspektive als eigene Qualitätsstandards ergänzt und spezifiziert werden, während die konkrete Ausgestaltung den Bildungsakteuren im Stadtteil obliegt. Dazu muss die Kommune entsprechende Zuständigkeiten und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Das Bundesjugendkuratorium wird in den nächsten Monaten weitere Ideen und Anregungen erarbeiten, die die lokale Ebene und ihre Akteure stärken und eine integrierte Sozial- und Bildungspolitik vor Ort befördern – im Sinne der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien.

- Andrea Pingel und Sven Borsche
  Geschäftsstelle
  Bundesjugendkuratorium
  Rheinweg 6,53113 Bonn
  Telefon: 0228/3771841
  Telefax: 0228/3771842
  E-Mail: pingel.bjk@t-online.de
  E-Mail: borsche.bjk@t-online.de
  www.bundesjugendkuratorium.de

1 Bereits 2001 hat das Bundesjugendkuratorium mit seiner Streitschrift „Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Schule und Jugendhilfe!" (Bonn 2001) die Bildungsdebatte in der Jugendhilfe befördert und sich an dieser Stelle auch für den Ausbau der Ganztagsschulen ausgesprochen, die aber von allen Beteiligten vorrangig an den Bildungspotenzialen und -interessen der Kinder auszurichten sind. Mit der Formulierung der Leipziger Thesen „Bildung ist mehr als Schule!" im Sommer 2002 ist die Diskussion weiter intensiviert worden. Ausgangspunkt der Überlegungen sind die Thesen des BJK „Gegen den irrationalen Umgang der Gesellschaft mit der nachwachsenden Generation", die sich vor allem auf die Bereiche Zukunftsressourcen, Bildung, Arbeit, Jugendförderung und Familie beziehen.

2 Bundesjugendkuratorium (2003): Auf dem Weg zu einer neuen Schule – Jugendhilfe und Schule in gemeinsamer Verantwortung, Bonn.

3 Vgl. zum Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bonn.

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)
Christa Böhme
Klaus-Dieter Beißwenger

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030/390 01-282
Telefax: 030/390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

P & R Druckerei GmbH, Berlin

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Europäische Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“

Gemeinsame Erklärung der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer

Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen – Integrierte jugendpolitische Strategien in städtischen Gebieten

In diesem Dokument werden zentrale Themen aufgezeigt, die im Plenum der Konferenz vorgetragen wurden. Darüber hinaus werden sowohl in den Berichten der vier Arbeitsgruppen als auch im Gesamtbericht über die Konferenz die wesentlichen Diskussionspunkte ausführlicher dargelegt, wobei auch die in den Arbeitsgruppen und auf den Plenarsitzungen vorgebrachten widersprüchlichen Auffassungen Berücksichtigung finden.

Die Konferenz regt einen europaweiten Austausch zu der Frage des Regionen übergreifenden Lernens an, der unter alternierender Federführung europäischer Länder organisiert werden kann. Die Initiative für einen Austausch hat ihren Ursprung auf der lokalen Ebene. Die Teilnehmer sehen die lokale Ebene im Zentrum aller Bemühungen. Der eingeleitete Austausch soll deshalb den Titel „Berlin-Prozess/Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ tragen.

160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ unter Beteiligung von Bürgermeister/innen europäischer Großstädte, Parlamentarier/innen und gewählten Kommunalvertreter/innen, Jugendforscher/innen und Experten/innen der kommunalen Jugendpolitik, Nichtregierungsorganisationen und hier insbesondere Jugendorganisationen, Fachkräften der Jugend- und Sozialarbeit sowie Vertreter/innen deutscher und europäischer Institutionen trafen sich vom 23. bis 25. November 2004 in Berlin, um gemeinsam auf die oft schwierigen Lebensbedingungen junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen aufmerksam zu machen. Initiiert und finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Bundesrepublik Deutschland, wurde diese Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates veranstaltet.

In dieser Konferenz werden verschiedene Praxiserfahrungen und Ideen von deutschen und europäischen Kommunen zusammengebracht und anhand konkreter Projektbeispiele diskutiert. Die Konferenz fügt dem europaweiten Austausch von integrierten lokalen Politikansätzen eine neue Qualität hinzu, indem sie die europäischen Kommunen als integralen Bestandteil einbezieht. Dies soll eine Anregung dafür sein, Regionen übergreifendes Lernen in Europa zukünftig durch die alternierende Federführung europäischer Länder zu organisieren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“, die vom 23. bis zum 25. November 2004 in Berlin stattfand, verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zur Situation von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen. Auf der Konferenz hatten über 160 kommunale Fachvertreterinnen und -vertreter aus 18 europäischen Ländern gemeinsam über Strategien und Maßnahmen diskutiert, mit denen sich die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten verbessern lässt. Der eingeleitete Austausch bezieht sich vor allem auf die Frage des Regionen übergreifenden Lernens und konzentriert sich auf die lokale Ebene. Der Austausch trägt den Titel „Berlin-Prozess/Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend startete im Sommer 2002 die Programmplattform E&C („Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“). Die Plattform ergänzt das Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ und will Angebote, Programme und Strukturen für junge Menschen vernetzen, um deren soziale und berufliche Integration zu fördern. Im Rahmen von E&C werden zum Beispiel ein Erfahrungsaustausch auf den Ebenen Bund, Länder, Kommunen und Stadtteile organisiert und ein bundesweiter fachlicher Diskurs zur Weiterentwicklung/Reform der sozialen Dienste angeboten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz bringen als Forscher/innen, Praktiker/innen, Lehrende und Ausbilder/innen, Quartiersmanager/innen, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und Politiker/innen ihr Wissen in die Debatte ein. Ihrer besonderen Verantwortung bewusst, hegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Hoffnung, dass die auf der Konferenz diskutierten Inhalte Gegenstand eines breit angelegten Dialogs mit den zuständigen politischen Gremien und Institutionen der lokalen, regionalen und europäischen Gebietskörperschaften sein werden.

Europa hält für junge Menschen viele spannende Perspektiven bereit: Der Lissabon-Prozess hat zum Ziel, dass im Jahr 2010 die Europäische Union die stärkste wissensbasierte Wirtschaft der Welt ist. Es werden grundlegende Investitionen im Bildungsbereich getätigt werden von der frühen Kindheit über die allgemein bildende Schule, weiter führende Schule, Hochschulausbildung, Berufsbildung bis hin zu Lebenslangem Lernen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas werden zu diesem Prozess beitragen, was sich positiv auf die Mobilität junger Menschen in Europa auswirkt.

Vier Staats- und Regierungschefs, Jacques Chirac, Gerhard Schröder, Jose R. Zapatero und Göran Persson, haben in ihrem Brief vom 29. Oktober 2004 an die Niederländische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zu einem Pakt für die Jugend aufgerufen. Sie betonen in ihrem Brief, dass grundlegende Anstrengungen in Bildung und Ausbildung erforderlich sind, um die in Lissabon vereinbarten Ziele zu erreichen. Gleichzeitig unterstreichen sie die besonderen Risiken und die Probleme der Ausgrenzung, denen Jugendliche ausgesetzt sind. Angesichts weiterhin sinkender Geburtenraten fordern sie eine integrierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Welches sind die Schwerpunkte aus der Perspektive lokaler Kinder- und Jugendpolitik in diesem Zusammenhang?

Themen sind:

- Der Zugang benachteiligter Jugendlicher zu qualitativ hochwertiger Bildung und Ausbildung ist eingeschränkt und produziert soziale Ausgrenzung.
- Gewalttätiges Verhalten und Auseinandersetzungen in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Familie sowie Diskriminierungen verschiedenster Art (sozioökonomischer Status, Geschlecht, soziale oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung) nehmen zu.
- Soziale Benachteiligung, fehlende Teilhabe führen in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb dominiert, zur sozialen Ausgrenzung und Vereinzelung. Gewinner und Verlierer der Wettbewerbsgesellschaft verlernen Solidarität und Gemeinsinn.
- Bildungs- und Aufstiegschancen werden oft durch den Status der Eltern bestimmt, wie dies durch die PISA-Studie insbesondere für Deutschland ausgeführt wird.
- Politik erreicht zunehmend junge Menschen in benachteiligten Stadtgebieten nicht mehr.

Besonders in benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen wird man dem Anspruch immer weniger gerecht, allen jungen Menschen gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung anzubieten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit zu handeln und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendlichen auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich auf dieser Konferenz mit der Lebenswirklichkeit benachteiligter junger Menschen und beziehen sich explizit auf die europäischen Dokumente der Jugendpolitik wie z.B. die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ und das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“. Das europäische Verfahren zur Suche nach modellhaften Beispielen – ein beachtenswertes und effizientes Instrument des sozialen Lernens – ist ihnen bekannt. Sie regen Verbindlichkeiten und Veränderungen, die darüber hinausgehen, an. Deshalb wurde mit dieser Konferenz der „Berlin-Prozess/Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ angestoßen, bei dem verschiedene soziale Akteure, Interessengruppen und Entscheidungsträger zusammen kommen, um einen Wandel zu diskutieren.

Um das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ mit Leben zu füllen, ist eine übergreifende Politik notwendig, die die Lebenschancen und die persönliche Entwicklung von jungen Menschen und ihren Familien in benachteiligten Sozialräumen in den Mittelpunkt stellt. Für solche integrierten Strategien gibt es bereits Erfahrungen, so z.B. im Rahmen des deutschen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und seines Partnerprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Hier werden von Stadtentwicklung und Jugendhilfe integrierte Strategien im Sinne von ressourcenorientierten, ressortübergreifenden und partizipativen Ansätzen initiiert und verstetigt. Diese Programme ermutigen und unterstützen die aktive Partizipation und bilden einen integralen Bestandteil von Stadtentwicklung und Jugend- und Sozialarbeit.

Ziel ist eine politische und gesellschaftliche Praxis der Koproduktion zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen. Dieser Ansatz

der Koproduktion muss die kommunalen und regionalen Akteure, die nationalen Akteure, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, europäische Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch die jungen Menschen, zusammenführen. Diese Form der Koproduktion muss sich an folgenden Handlungssträngen orientieren: formale und non-formale Bildung, Soziale Arbeit, sozialräumliches Erfahrungswissen, politische Partizipation, Kommunikation/Medien, Forschung, Stadtplanung, Migrationspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung und Vermittlung von Menschenrechten.

Ziel ist es, Synergien herzustellen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, Zugang und Teilhabe zu gewährleisten und, vor dem Hintergrund europaweiter Erfahrungen, sicherzustellen, dass alle Bestrebungen der Kinder- und Jugendpolitik der Förderung der persönlichen Entwicklung, der Förderung von Beschäftigung und der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Nur so können Strategien zur Verbesserung der Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen verfolgt werden, die auf dem Individuum und dem Gemeinwesen beruhen.

Das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ erfordert die aktive Beteiligung der sozialen Akteure, die Suche nach Synergien und Mehrwert und zielt auf Koproduktion und Co-Management in städtischen Handlungsfeldern. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts sind Good Governance-Strategien der Steuerung und effizienten Koordinierung erforderlich, das machen viele Beispiele in Europa deutlich. Der Aspekt der Steuerung und Koordinierung berührt Begriffe wie Delegation von Verantwortung, sektoren- und ressortübergreifendes Handeln, flexible Budgets, persönliches Engagement über die Grenzen der beruflichen Zuständigkeit hinaus, Transparenz, kritische Evaluierung und Validierung und die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure. Die Steuerung und Koordinierung einer integrierten Jugendpolitik muss erlernt, ermutigt und praktiziert werden. Verbesserungen in diesem Bereich wirken direkt positiv auf die Zukunftschancen junger Menschen in den benachteiligten Sozialräumen.

Die Aufgaben der Steuerung und Koordinierung müssen einhergehen mit einer Jugendpolitik, die auf Koproduktion und Co-Management, auf einen strukturierten Dialog setzt und auf strategischen institutionellen und operativen sozialen Netzwerken beruht. Diese betreffen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen, denn die Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen erlauben keine Trennung zwischen diesen Politikbereichen, die eng miteinander verflochten sind. Ergebnis ist ein kooperativer Policy-Mix aus den Bereichen:

- Stadt- und Quartiersentwicklung, ländlicher Raum
- Empowerment, Partizipation und Bürgerschaft der Bewohnerinnen und Bewohner
- Lokale Bündnisse, Netzwerke und Partnerschaften
- Sozialwesen
- Lokale Beschäftigung
- Bildung und Erziehung
- Sport und Freizeit
- Kultur
- Kooperationen mit Wirtschaft und anderen Sektoren
- Sicherheit
- Gesundheit

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine kooperative und koproduktive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders-Sein“.

„Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wird eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger sein. Davon ist sie heute noch weit entfernt. Denn dort, wo Armut, soziale Ausgrenzung und die damit einher gehenden Effekte wie niedriges Bildungsniveau, geringer sozialer Status und geringes Selbstbewusstsein vorherrschen, gibt es keine aktive Mitwirkung am öffentlichen Leben. Das Ideal aktiver Bürgerschaft beschreibt die Fähigkeit, Lebenslagen zu analysieren und sich daran zu beteiligen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu entwickeln. Dies kann nicht erreicht werden ohne Kritikfähigkeit und Anerkennung der unterschiedlichen Rollen im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen, innerhalb dessen sich kreativ Formen des Zusammenlebens entwickeln.

Hierbei handelt es sich um einen integrativen Ansatz, der nicht auf die Mehrheitskultur der Bevölkerung beschränkt ist. Er umfasst Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtige Arbeit von Ausländerbeiräten verdient Würdigung und Respekt. Sie zu unterstützen und einzurichten ist europaweit zu empfehlen. Die Konvention des Europarats über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern auf lokaler Ebene verdient besondere Beachtung.

Nicht nur mit Blick auf benachteiligte Stadtgebiete, vielerorts stellt sich das Problem geringer Wahlbeteiligung, das der Demokratie ihre Grundlage entzieht. Partizipation, Bürgergesellschaft und das Erlernen von Demokratie gehören in die „Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“. Dieser Lernprozess muss interkulturell organisiert und auf die berufliche Integration ausgerichtet werden und er muss sowohl das Individuum als auch die Gemeinschaft stärken.

Um diesen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen, ist der Veränderungswillen vieler Akteure auf kommunalpolitischer Ebene notwendig. Dazu bedarf es der intensiven Kooperation zwischen Akteuren aus den formalen, informellen und nonformalen Bereichen von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Ganz wesentlich ist es, das Vertrauen der Menschen in Behörden und öffentliche Institutionen (z.B. auch Polizei) zu stärken, das vielerorts verschwunden ist. Auf der Basis eines neuen Verhaltenskodexes (code of conduct) muss dieses Vertrauen wieder hergestellt werden. Dies ist die Chance, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu verwirklichen.

Sozialpolitische Strategien für Kinder und Jugendliche müssen langfristig konzipiert werden. Kurzfristige Kürzungen öffentlicher Mittel haben oft negative Auswirkungen auf die Bereiche Prävention, Gesundheit, Bildung und berufliche Integration in den Arbeitsmarkt. Es sind Bedingungen herzustellen, unter denen Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Während der Anspruch auf eine angemessene öffentliche Finanzausstattung unbestritten ist, ist es ebenfalls offensichtlich, dass durch effizientes „Mainstreaming" der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe, durch integrierte Strategien und durch die Kombination und Bündelung lokaler, nationaler und europäischer Fördermöglichkeiten, wie im E&C-Programm beispielhaft gezeigt wurde, Synergieeffekte erzielt werden können.

Um die „soziale Stadt für Kinder und Jugendliche" zu fördern, empfiehlt die Konferenz:

Aus den Panels II, III und IV sind im Folgenden nur Auszüge abgedruckt, den vollständigen Text können Sie im Internet unter: *www.eundc.de/download/schlussfolgerungen_de.pdf* abrufen.

Panel I:
Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung in benachteiligten Stadtgebieten

Der Zugang zu Bildung ist eine öffentliche Aufgabe sowie das zentrale Element der Teilhabe, Chancengerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit und muss jedem Kind und jedem Jugendlichen möglichst früh zur Verfügung stehen. Ein erfolgreicher Koproduktionsprozess integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen setzt die unabdingbare Investition in Humankapital und in menschliche Ressourcen voraus. Die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung muss möglichst früh für alle Kinder gewährleistet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz empfehlen den Aufbau von lokalen, im Sozialraum organisierten, vernetzten und präventiven Angeboten. Übergänge in den Bildungs- und Erziehungsangeboten müssen besonders gestaltet werden, Erreichbarkeit der einzelnen Angebote sollte gesichert und der „Gesamtbauplan" der Angebote für alle Betroffenen transparent sein. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden.

Eine zweite Chance bei Bildung und Ausbildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche liegt im Interesse der europäischen Gesellschaften und ist eine öffentliche Aufgabe. Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sichergestellt werden kann, müssen bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc. Alle Bildungssysteme müssen neu gedacht und zusammengebracht werden.

Panel II:
Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe

… Wenn von Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher gesprochen wird, sollte dies nicht reduziert geschehen, sondern die Eltern, die Herkunft und Lebensgeschichte der Zugewanderten sollten mit betrachtet werden, weil nur ein komplexes Verständnis von Integration diese auch ermöglicht. Der Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind zunächst als Individuen mit eigenen, unterschiedlichen Lebenswegen und Lebenssituationen zu betrachten. …

Panel III:
Steuerungsstrategien und lokale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen

…

Panel IV:
Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen. Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation. Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können, benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten gegebenenfalls auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z.B. Telefon, Internet) und Mobilität. …

- Weitere Informationen zu der Konferenz und zu der Programmplattform E&C finden Sie im Internet unter: www.eundc.de und www.sozialestadt.de.

Text nach Pressemitteilung vom 25.11.2004

Zur Beziehung von Schule und „Soziale Stadt“ – Zu hohe Erwartungen an eine „Affäre“?

Der Zusammenhang von Schule und „Soziale Stadt“ rückt in letzter Zeit zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. Die Thematik ist aber längst noch nicht durchgängig im Blick. Bei der Auswertung der Selbstdarstellungen und -präsentationen der „Soziale-Stadt“-Standorte im Rahmen der Bilanzworkshops „Fünf Jahre ‚Soziale Stadt‘ in Hessen“ im Oktober 2004 ergab sich als „ein erster, interpretationsbedürftiger Befund (…), dass die Antworten auf die Fragen zur Schulsituation nicht wirklich ergiebig sind, sondern eher pflichtgemäß und der Vollständigkeit halber gegeben worden zu sein scheinen. Auch bei den Workshops wurde nur in Ausnahmefällen das Thema auf eigene Initiative in die Selbstpräsentation aufgenommen.“ (Radtke/Hullen 2004, S. 7)

Mit dem Schulhof fing es an: Das Initiationsprojekt der Sozialen Stadt.
Foto: Architekturbüro Freischlad und Holz, Darmstadt, Erich Kästner-Schule

Wie steht es mit dem Verhältnis von Schule und „Soziale Stadt“? Welche Erwartungshaltungen werden jeweils aneinander gerichtet, welche strukturellen Probleme ergeben sich und insbesondere in welcher Weise kann Schule von der Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ profitieren? Wo gibt es Chancen, wo liegen die Grenzen? Diesen Fragen möchte ich vor dem Hintergrund meiner Tätigkeit als Schulleiter der einzigen öffentlichen Schule im Darmstädter Stadtteil Kranichstein, der Erich Kästner-Schule, Grundschule und Integrierte Gesamtschule, und meiner Mitarbeit im Projekt „Soziale Stadt“ in Kranichstein nachgehen.

Stadtteile, die aus Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ gefördert werden, sind „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, oder, weniger perspektivisch formuliert, benachteiligte und belastete Quartiere. Die dort auftretenden Probleme der sozialen Desintegration haben zwar in der Regel globale ökonomische und politische Ursachen, werden aber vor Ort als individuelle Probleme bearbeitet. Soziale Brennpunkte entstehen als Folge „lokaler Desintegrationsprozesse“, sie sind als „Symptome sozialer und ethnischer ‚Entmischungsvorgänge‘ aufzufassen“ und führen „zu einer Konzentration sozialer Probleme in einzelnen Stadtteilen“. Als einer der „Motoren der sozialen und ethnischen ‚Entmischung‘ oder stadtteilbezogenen ‚Homogenisierung‘ der Bevölkerung“ wird dabei unter anderem „das lokale Schulsystem einer Gemeinde“ ausgemacht (Radtke/Rathgeb 2003, S. 9).

In der oben zitierten Bilanz „Fünf Jahre ‚Soziale Stadt‘ in Hessen“ wird erwartungsgemäß festgestellt, „dass in den Programmgebieten des Modellversuchs ‘Soziale Stadt’ Schulen mit hohen Anteilen an Kindern mit Migrationshintergrund und niedrigen Übergangsquoten auf qualifizierende weiterführende Schulen in hohem Maße vertreten sind“ (Radtke/Hullen 2004, S. 6.). Die neuesten PISA-Ergebnisse bestätigten erneut, dass der Schulerfolg nirgendwo mehr durch die Herkunft bestimmt wird als in Deutschland. Anders herum formuliert: Dem Schulsystem in Deutschland und den einzelnen Schulen gelingt es nicht oder nicht genügend, soziale und kulturelle Benachteiligungen zu kompensieren. Dies muss sich zwangsläufig besonders in Schulen benachteiligter Quartiere auswirken. Insofern sitzen die Akteure aus Schule und „Sozialer Stadt“ in einem Boot – sie haben es, zumindest für einen begrenzten Zeitraum, mit der gleichen Problematik zu tun. Damit kann aber sehr unterschiedlich umgangen werden.

„Eine Schule in einem stigmatisierten Stadtteil kann Teil des dem Stadtteil zugeschriebenen Problems sein (Schulversagen), oder sie kann zum Teil der Lösung der Probleme im Stadtteil werden, wenn sie herkunftsunabhängig qualifizierte Übergänge und Abschlüsse ermöglicht (Schuler-

folg). Eine engagierte Stadtteilschule, die sich kooperativ zum Stadtteil öffnet und ihre Schüler zuverlässig zum Erfolg führt, wird eher als Problemlöser fungieren als eine Schule, die über ihre Schüler klagt, sich, wenn sie kann, aus den Problemlagen des Stadtteiles heraushält und für das Stadtteil-*image* nicht mitverantwortlich zeichnen will. Im Fokus (…) steht deshalb zunächst die Frage, welche Integrationsleistungen der einzelnen Schule von den relevanten Akteuren im Stadtteil bzw. in der Kommune erwartet werden und welche Leistungen sie im Prozess der Inklusionsvermittlung tatsächlich erbringt." (Ebenda) Hier kann die Beziehung zwischen Schule und Sozialer Stadt problematisch werden: Es besteht die Gefahr, dass die Integrationsleistungen oder eben Nicht-Leistungen der Schulen als Folge freier schulprogrammatischer Entscheidungen erscheinen und die strukturellen Rahmenbedingungen der Schulen dabei außer Acht bleiben.

Zunächst sind die Möglichkeiten jeder einzelnen Schule, ihre Absolventen zu höheren Abschlüssen zu führen, durch die jeweilige Schulform vor Ort vorentschieden. Außer an Integrierten Gesamtschulen sind zumindest in Hessen jeweils nur sehr begrenzte individuelle Schullaufbahnentwicklungen nach oben möglich.

Ein grundsätzliches strukturelles Problem besteht hinsichtlich der Ressourcenzuweisung, konkret der Zuweisung von Mitteln und Stellen. Diese richtet sich fast ausschließlich nach der Quantität der „Schülerpopulation", sie macht keine qualitativen Unterschiede und zementiert durch formale Gleichbehandlung die faktische Ungleichheit. Solange nicht die Differenz von Input (Lernausgangslage) und Output (Schülerleistungen, Abschlüsse) – also die von der Schule zu erbringenden Leistungen – als Zuweisungskriterium von Ressourcen zählt, sind Schulstandorte in belasteten Gebieten benachteiligt und können die Aufgabe einer kompensatorischen Förderung und Integration nur schwer erfüllen. Sie geraten vielmehr unter Segregationsdruck. Entweder sie entlasten sich selbst von benachteiligten „Schülerpopulationen", indem sie diese, soweit sie können, von sich aus abweisen oder erst gar nicht aufnehmen. Oder dies erfolgt über Mechanismen von außen wie die Gestattung von Schulbezirkswechsel und (Ab)Wahlverhalten der Eltern.

Der Prozess der sozialen Entmischung oder der sozialen Rücksortierung ist also in hohem Maße funktional. Schulen sind systemisch eben nicht so ausgestattet, dass sie in der Lage sind, herkunftsunabhängig qualifizierte Übergänge und Abschlüsse zu erreichen und ihre Schüler zuverlässig zum Erfolg zu führen. (Wie man Ressourcen integrationsfördernd pragmatisch zuweisen könnte, zeigt ein Beispiel aus Holland: In der Darmstädter Partnerstadt Alkmaar zählen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei der Lehrerzuweisung doppelt.)

Welche Rolle Schule unter den jeweiligen Bedingungen im Stadtteil spielen kann und will, muss im Einzelnen vor Ort geklärt werden. Das Programm Soziale Stadt zwingt Schulen jedenfalls dazu, sich mit dieser Frage auseinander zu setzen, ihr Selbstverständnis zu klären, falls sie dies als Schulen in einem belasteten Gebiet nicht ohnehin schon längst getan haben. Die aus der Zusammenarbeit mit der Sozialen Stadt resultierenden Chancen sind vielfältig, wie die Erfahrungen an der Erich Kästner-Schule in Darmstadt-Kranichstein zeigen.

So können zunächst Synergien genutzt werden, sei es bei der Festigung oder Erweiterung von Stadtteilnetzwerken, der Inanspruchnahme von Managementdienstleistungen, der Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit oder in Ausnutzung der größeren Aufmerksamkeit der lokalen Politik für den Standort Soziale Stadt. Natürlich bieten sich Chancen, finanzielle Mittel, die sonst nicht geflossen wären, für die Verbesserung der baulichen Infrastruktur der Schule zu erhalten, um z.B. wie an der Erich Kästner-Schule den Schulhof umzugestalten und damit die Attraktivität der Schule nach innen und außen zu erhöhen.

Noch entscheidender für die Schule sind die Möglichkeiten, zusätzliche Mittel im nicht-investiven Bereich an Land zu ziehen, Mittel, die helfen, den Personalschlüssel zu erhöhen und die Standortbenachteiligungen auszugleichen, indem die Lern- und Lernumfeldbedingungen verbessert werden. Mithilfe der so genannten LOS-Projekte („LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke", Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) ist es uns unter anderem gelungen, in der Schule Fördermaßnahmen im Übergang Schule-Beruf („Fit for Job") einzurichten, Vorbereitungskurse für die Gymnasiale Oberstufe („Fit for GO") anzubieten, die Versorgung der Mensa über ein Beschäftigungsprojekt für Migrantinnen aus dem Stadtteil abzudecken und qualitativ zu verbessern. Weitere LOS-Gelder im Stadtteil, die nicht unmittelbar in der Schule eingesetzt werden, tragen durch die in Kranichstein von jeher etablierten intensiven Kooperationsstrukturen ebenfalls zur Lernumfeldverbesserung bei.

Indirekt fördernd wirkt sich der Status „Soziale Stadt" insofern aus, als andere Träger ihre immer knapper werdenden Ressourcen eher nicht aus dem Stadtteil abziehen. Die Etikettierung, die im Stadtteil durchaus auch als Stigmatisierung erlebt wird, wirkt sich in diesem Falle hilfreich aus. So bleiben Maßnahmen wie „Mama lernt Deutsch", weitere Alphabetisierungs- und Sprachkurse sowie Elterninformationsveranstaltungen für einzelne Migrantengruppen dem Stadtteil eher erhalten. Sicherlich beeinflusste der Soziale-Stadt-Status auch das „Ranking", als es darum ging, die Erich

Kästner-Schule in das Landesprogramm „Ganztagsschule nach Maß“ aufzunehmen, oder die Prioritätensetzung, als städtische Mittel für eine „familienfreundliche Schule“ und für Schulsozialarbeit vergeben wurden. Nicht zuletzt steigen die Akzeptanz und das Ansehen der Schule im Stadtteil selbst. Durch die Mitarbeit der Schule in den Beteiligungsgremien der Sozialen Stadt wird sie in Bevölkerungsgruppen positiv wahrgenommen, die noch nicht oder nicht mehr mit Schule zu tun haben. Dies erhöht nach und nach auch die Identifikation des Stadtteils mit der Schule. All dies sind mittelbare und unmittelbare Auswirkungen einer bewussten Entscheidung unserer Schule, sich in das Projekt Soziale Stadt einzubringen.

In der Bilanz „Fünf Jahre ‚Soziale Stadt‘ in Hessen“ heißt es: „Bei folgenden Schulen könnte man von Ansätzen einer problem- und themenbezogenen Kooperation mit dem Stadtteil sprechen, die auf Integration im engeren Sinne einer Inklusionsvermittlung zielen. Beispiele sind: Darmstadt-Kranichstein („Die Vertreter der Erich-Kästner-Schule als alleiniger, öffentlicher Schule des Stadtteils [...] sind in allen relevanten Gremien des Stadtteils [Stadtteilrunde, AG KOJAK, AG Soziale Stadt, KOOP Kita/Schule u.a.] eingebunden sowie durch Kooperationen mit einzelnen Einrichtungen [z.B. SKA, Rope e.V.] vernetzt. Die Schule beteiligt sich aktiv an der Umsetzung von Projekten [z.B. Schulhofumgestaltung, LOS] der Sozialen Stadt sowie maßgebend am Stadtteilentwicklungsprozess.“ (Radtke/Hullen 2004, S. 10) Das klingt gut. Dennoch sind die Leistungen, die wir als Erich Kästner-Schule im Prozess der Inklusionsvermittlung tatsächlich erbringen können, für uns nicht befriedigend.

Obwohl die Stadt Darmstadt zusätzlich in ein neues Schulgebäude für die Integrierte Gesamtschule als Stadtteilzentrum mit Schulbibliothek, Stadtteilbibliothek, Räumlichkeiten für die Volkshochschule und Familienbildungsstätte investiert hat, obwohl die Schule bestens ausgestattet und für ihre Arbeit inzwischen anerkannt ist, finden soziale Rücksortierungsprozesse nach der (zwangsläufig) gemeinsamen Grundschule statt. Die Eltern leistungsstärkerer Kinder nutzen das integrierte Schulangebot vor Ort in der Regel eher nicht und weichen auf innerstädtische Gymnasien aus. Die personellen Ressourcen gerade in der Grundschule reichen nicht aus, um alle Kinder angemessen zu fördern, der Leistungsoutput bleibt deshalb unbefriedigend. Von Eltern aus attraktiven Zuzugsgebieten im Stadtteil wird die Erich Kästner-Schule nur zögerlich nachgefragt, weil sie bezweifeln, dass die mit Ausländern und Migranten „belastete“ Grundschule den Leistungsansprüchen gerecht werden kann, die sie an eine Schule für ihre Kinder stellen.

Oben: Präsentation der LOS-Projekte in der Aula der Schule.
Unten: Informelle Vernetzung: Förderverein, Sozialdienst, Schule und Polizei im Gespräch.
Fotos: Architekturbüro Freischlad und Holz, Darmstadt, Erich Kästner-Schule

Die strukturellen Probleme sind durch die Kooperation und Vernetzung im Stadtteil und die Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialen Stadt also nicht alle gelöst, sie sind derzeit nur abgemildert. Es fehlt vor allem, worauf Schule unbedingt angewiesen ist: die Sicherung der Nachhaltigkeit.

Dies kann und will das Programm Soziale Stadt nicht leisten, es ist auf Zeit angelegt und läuft dadurch Gefahr, eine „Affäre“ zu bleiben. Es setzt Impulse und weckt Erwartungen, macht Strukturen und Mängel offensichtlich auch dort, wo es nicht intervenieren kann. Bezogen auf Schule kann es aber den Blick öffnen für die Notwendigkeit, beispielsweise ein entsprechendes Bund-Länder-Programm zur Förderung von „Schulen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ aufzulegen. Dies wäre eine Alternative mindestens so lange, wie das deutsche Schulsystem das Ziel der Chancengerechtigkeit im Sinne herkunftsunabhängig erzielter Schulerfolge nicht erreicht.

Im Beitrag „Schule und Bildung im Stadtteil“ von Meyer/Schuleri-Hartje in „Soziale Stadt info 12“ heißt es ab-

schließend: „Schulen erweisen sich immer mehr als Schlüsselinstitutionen in den Gebieten der Sozialen Stadt – als die Institutionen, mit denen eine soziale Isolierung von Kindern und Jugendlichen in eher demotivierenden Armutsmilieus durchbrochen werden kann. Mit neuen Schulkonzepten und -strategien werden in den Schulen Kompetenzen vermittelt, mit denen auch günstigere Voraussetzungen für das Zusammenleben im Stadtteil geschaffen werden. Die Schulen benötigen für ihre zusätzlichen Aktivitäten und Neuerungen finanzielle, personelle und organisatorische Unterstützung; das ehrenamtliche Engagement von Lehrerschaft, Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Verwaltungspersonal setzt Veränderungen zwar häufig in Gang, kann diese aber selten auf Dauer tragen." Dem ist nichts hinzuzufügen.

- Dr. Michael Hüttenberger
  Schulleiter der Erich Kästner-Schule, Darmstadt-Kranichstein
  Telefon: 06151/790980
  E-Mail:
  michael@huettenberger.de

Literatur

Ulrike Meyer/Ulla-Kristina Schuleri-Hartje (2003): Schule und Bildung im Stadtteil, in: Soziale Stadt info 12.

Frank-Olaf Radtke/Maren Hullen (2004): Fünf Jahre „Soziale Stadt" in Hessen. Auswertung der Selbstdarstellungen und -präsentationen im Rahmen der Bilanzworkshops 2004 aus der Perspektive der Wissenschaftlichen Begleitung zum Thema „Bildung und Migration", Frankfurt.

Frank-Olaf Radtke/Kerstin Rathgeb (2003): Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement, in: Soziale Stadt info 12.

„Schule im Stadtteil"

Strategien zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien

Das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW" besteht seit mehr als zehn Jahren – Zeit für eine Bilanz: Das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (*ies*) an der Universität Hannover hat im Auftrag des Städtenetzes Soziale Stadt NRW die Studie „Schule im Stadtteil" zu den Wirkungen des Programms auf Schulen und ihre Kooperationsbeziehungen erarbeitet. Die Ergebnisse der Studie basieren auf Erhebungen in den vier Programmgebieten Duisburg-Hochfeld, Essen-Katernberg, Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord sowie Oberhausen-Knappenviertel.

Soziale Problemlagen von Kindern und Jugendlichen wie mangelnde Sprachkompetenzen, unzureichende häusliche Versorgungsstrukturen und das Fehlen von Unterstützung in schulischen Belangen seitens des Elternhauses sind in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW" deutlich sichtbar. Die Situation ist alarmierend, da der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsstand von Kindern und Jugendlichen ein räumlich konzentriertes Phänomen darstellt.

Viele sozial stabile und wirtschaftlich besser abgesicherte Familien haben die „Soziale-Stadt"-Gebiete verlassen, gerade auch um für ihre Kinder bessere schulische Voraussetzungen zu schaffen. Diese Entwicklung hat z.B. im Grundschulbereich zu einer Agglomeration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien geführt. Infrage gestellt sind die herkömmlichen Strukturen und Angebote an den Schulen, weil sie oftmals keinen geeigneten Rahmen zur Bewältigung der dargestellten Anforderungen bieten.

Förderung in zentralen Handlungsfeldern zeigt Wirkung

Wirksame Ansätze zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien liegen den Ergebnissen der Studie „Schule im Stadtteil" zufolge in folgenden Bereichen vor:

- *Sprachförderung* für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, in den untersuchten Programmgebieten größtenteils als Bestandteil umfassender kommunaler Sprachförderkonzeptionen;
- *Nachmittagsangebote oder Ganztagsbetreuung*, die sowohl die Unterstützung in schulischen Belangen (z.B. durch gezielten Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe) als auch Angebote der Freizeitgestaltung umfasst;
- *Angebote im musisch-kulturellen Bereich* („mus-e", Kunstpause), *in Konfliktschlichtung und -prävention* sowie *in der Gesundheitsförderung;*
- *Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung* (z.B. durch Schulhofumgestaltung, Ausstattung der Schulen mit Büchereien und Internet-Cafés).

Diese Ansätze können Schulen alleine nicht realisieren. Die „Öffnung von Schulen" für strategische Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, aber auch anderen Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft hat sich als sinnvoll erwiesen.

Voraussetzungen für eine verbesserte Bildungsinfrastruktur

Für die Umsetzung einer kooperativ ausgerichteten Schulentwicklung ist eine *Förderung durch entsprechende Ressourcen* erforderlich. Mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt NRW" sind zahlreiche investive und sozial-integrative Projekte und Angebote gefördert worden, die ohne diesen zusätzlichen Mitteleinsatz nicht zu realisieren gewesen wären (z.B. Schulhofumgestaltung und weitere Spiel- und Freizeitflächen, Sprachförderung).

Die „Öffnung von Schule" bedeutet eine Erweiterung des Aufgaben- und Kompetenzprofils der Schule, der Schulleitung und der Lehrerschaft, für die entsprechende Ressourcen, wie Zeit, (strategische) Beratung, Know-how erforderlich sind. Aus diesem Grund ist auf der politischen Ebene von Bund, Ländern und Kommunen eine entsprechende Ressourcensteuerung zugunsten von Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien erforderlich. Durch die Förderung von Kooperationen können Ressourcen gebündelt und Synergien erzeugt werden.

Schulen haben vielfältige Herausforderungen zu bewältigen, wollen sie als „Offene Schule" agieren und ihre Aufgaben durch Kooperationsangebote realisieren. Für die *internen Arbeitsstrukturen* ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Problemanerkennung und Problemanalyse;
- Organisieren von Multidisziplinarität, z.B. Einbindung von Erzieherinnen/Erziehern und weiteren Professionen in das Kollegium;
- Generieren einer gemeinsamen Problemsicht im Kollegium;
- Entwicklung von neuen Angeboten und Projekten, die in den Schulalltag integriert werden;
- Koordinierung der Projekte und Angebote mit externen Partnern und mit Stadtteilgremien, z.B. Stadtteilbüro, durch zuständige Personen.

Bei der Mittelbeschaffung haben die *unterstützenden Strukturen in Form von Stadtteilbüros* für die Schulen in der Regel eine zentrale Bedeutung. Die Praxis zeigt, dass Angebote für Projekte und die Beantragung von Fördermitteln vielfach von den Stadtteilbüros ausgehen. Stadtteilbüros werden von Schulen und von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe als zentrale Vernetzungs- und Beratungsinstanzen wahrgenommen, wenngleich nicht alle Schulen Angebote nutzen oder nutzen wollen.

Die Erfahrungen in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW" zeigen, dass ein hoher Problemdruck an den Schulen den Ausgangspunkt für Schulentwicklungsprozesse in Richtung „Öffnung" bildet. Die *Bereitschaft zum Engagement* ist ein weiterer wesentlicher Faktor, damit die Öffnung in Gang kommt. Fehlen engagementbereite Personen, ist es kaum möglich, Schulen für stadtteilorientierte Entwicklungsstrategien zu gewinnen. Die Mitwirkungsbereitschaft der Schulleitungen ist von großer Bedeutung für das Gelingen dieser Prozesse.

Fazit

Die „Öffnung von Schulen" ist ein geeigneter Weg, die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu verbessern. Die Bereitstellung von Angeboten in Kooperation mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie mit weiteren Akteuren verbessert die Voraussetzungen der Schulen für eine umfassende Förderung der Kinder und Jugendlichen, z.B. bei der Sprach- und Leseförderung, durch Nachmittags- und Freizeitangebote, in der musisch-kulturellen Bildung, bei der Unterstützung der beruflichen Orientierung und Integration. Mittels Kooperation können Schulen adäquat auf die vielfältigen Anforderungen reagieren, mit denen sie aufgrund der Lebenssituation ihrer Schülerschaft konfrontiert sind.

- Autorinnen:

  Claudia Olejniczak
  Maike Schaarschmidt

  Ansprechpartnerin im *ies*

  (Durchführung der wissenschaftlichen Untersuchung)
  Dr. Claudia Olejniczak
  Telefon: 0511/399-7253
  E-Mail:
  olejniczak@ies.uni-hannover.de

  Bezug der Studie:

  Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung
  Städtenetz Soziale Stadt NRW
  Hedwig Drehsen
  Telefon: 0201/88-88-730
  E-Mail:
  staedtenetz@stadtentwicklung.essen.de

„Partnerschaft Schule – Betrieb“

Ein Projekt der Industrie- und Handelskammer Berlin

Die Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK) startete im April 2000 eine Initiative, um Schulen und Betriebe in Berlin in einen besseren Kontakt miteinander zu bringen. Die jahre- und jahrzehntelangen Klagen von Betrieben und Ausbildern über mangelnde Fähigkeiten von Schulabgängern (jetzt auch bestätigt durch die Ergebnisse der PISA-Studien) waren mit ein Anlass, der Spirale aus negativer Kommunikation und Beschwerden übereinander zu entkommen und in eine produktive Kommunikation einzusteigen.

Beide Systeme, Betriebe und Schulen, wissen zuwenig voneinander. Betriebe werden hinsichtlich ihrer Erwartungen an Auszubildende oft enttäuscht. Schulen wissen häufig zuwenig von den Anforderungen, die mit den Veränderungen in der Wirtschaft und der Arbeitswelt verbunden sind. Es gibt bisher noch zuwenig Kommunikation zwischen den verschiedenen Lebenswelten. Eher herrschte und herrscht eine negative Kommunikationsspirale, seit Jahren unproduktiv von beiden Seiten gepflegt. Es war an der Zeit, hier eine produktive Wende einzuläuten.

Die IHK Berlin fördert mit ihrem Projekt „Partnerschaft Schule – Betrieb“ deren Kooperation und trägt dazu bei, dass sich das Wissen und die Informationen von Schulen und Betrieben übereinander verbessern. Vor allem sollen Schulen darin unterstützt werden, sich stärker an der Lebenswelt und an anderen gesellschaftlichen Bereichen zu orientieren.

Das Projekt vermittelt ganz konkret Partnerschaften zwischen einzelnen Schulen und Betrieben. Voraussetzung ist die jeweils eigene Motivation zur Kooperation. Es wendet sich an Schulen der Sekundarstufe I, die für ihre Jugendlichen die Chancen vergrößern wollen, einen Ausbildungsplatz zu finden und einen realitätsnäheren Unterricht zu gestalten, sowie an Betriebe, die an einem möglichst frühen Kontakt mit Schulen interessiert sind. Es gibt kein einheitliches Konzept für alle Schulen und Betriebe, sondern die jeweiligen Kooperationsvorstellungen werden ermittelt und in Vorhaben umgesetzt.

Der Schwerpunkt aller Kooperationen ist die Berufsvorbereitung. Betriebe werden kontinuierlich als Lernort für Schülerinnen und Schüler genutzt. Schulen arbeiten auch mit veränderten Betriebspraktika und fortlaufenden Aufenthalten in Betrieben und suchen dort dafür feste Ansprechpartner. Angehörige aus Betrieben, Ausbildende wie auch Auszubildende informieren über die Ausbildung und deren Anforderungen, geben Bewerbungstipps, simulieren Bewerbungsgespräche und Assessment Center. Wenn Vertreter der Betriebe den Schülerinnen und Schülern darlegen, wie sie Bewerbungsunterlagen sichten und wie sie die Zeugnisse lesen, ist dies viel wirkungsvoller, als wenn das Gleiche von Lehrkräften erläutert wird. Hilfreich ist auch der entsprechende Beitrag auf Elternabenden. Auszubildende finden bei Schülerinnen und Schülern noch offenere Ohren. So hatten z.B. Auszubildende des 3. Lehrjahres über ihr Vorgehen bei der (Vor-)Sichtung der Bewerbungsunterlagen berichtet und damit großen Effekt erzielt.

Fast alle Partnerschaften bestehen zu Betrieben im regionalen Umfeld der Schulen. Dies erleichtert die Zusammenarbeit ganz ungemein, da sich alles organisatorisch leicht regeln lässt. Gerade Betriebe schätzen es, wenn der Einsatz in der Schule nicht den ganzen Betriebsablauf auf den Kopf stellt und auch die Besuche von Schülerinnen und Schülern im Betrieb ohne großen Aufwand einzurichten sind:

Schülerinnen und Schüler der Amelia-Erhart-Oberschule (Hauptschule) in Berlin mit dem Buffet, das sie zur Vertragsunterzeichnung zwischen Schule und dem Bahr-Baumarkt hergestellt hatten. Foto: Sybille Volkholz

Mit diesem Verfahren entstehen lokale Netzwerke zwischen Betrieben und Schulen, die auch der regionalen Zugehörigkeit dienen.

Partnerschaften mit Betrieben funktionieren desto besser, je mehr Fachbereiche einbezogen und je mehr Anwendungsmöglichkeiten des Betriebes für den Unterricht und das Lernen genutzt werden. So kann in vielen Fällen der Umgang mit neuen Medien, den

Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert werden. Häufig profitieren der naturwissenschaftlich-technische Unterricht oder auch Sprache und Kommunikation, wenn mit Zeitungen oder Werbeagenturen gearbeitet wird.

Die Partnerschaften der Berliner IHK basieren alle auf dem Grundgedanken, dass Kooperation zwei Seiten hat. Auch die Schulen müssen den Betrieben etwas bieten. Es ist erstaunlich, was Schulen einfällt, welche Stärken sie haben, die für Außenstehende attraktiv sind. So tauchen als Angebote auf: Fortbildung mit Ausbildern über neue Lehr- und Lernmethoden wie z.B. produktorientierten Gruppenunterricht, Nachhilfe für Auszubildende in allgemeinbildenden Fächern, Sprachunterricht für Firmenangehörige, Nutzung der Schulräume durch die Firma, Ansprechpartner für Drogenberatung, Mediationstraining (Konfliktlotsenausbildung), Gewaltprävention. Vor allem im künstlerischen Bereich kann sinnvoll zusammen gearbeitet werden: Schülerarbeiten werden in Betrieben ausgestellt, die Betriebszeitung gestaltet, von Schülerinnen und Schülern hergestellte Kalender werden von einer Firma angekauft und als Geschenke weitergegeben, Musikgruppen organisieren Feste mit und vieles mehr.

Ein besonders gutes Beispiel für angewandten handlungsorientierten Unterricht hat die Ellen-Key-Oberschule zusammen mit der Berliner Energieagentur und dem IBIS Hotel am Ostbahnhof zu Wege gebracht. Nachdem die Schülerinnen und Schüler im Wahlpflichtunterricht Physik mit Unterstützung der Energieagentur nach Stromfressern zu Hause geforscht hatten, wurden die Ergebnisse auch als Pressemeldung formuliert und verbreitet. Das Hotel als zweiter Partnerbetrieb war über dieses Projekt informiert worden und bot sich nun seinerseits als Forschungsfeld an. Die Agentur hat – motiviert durch die Zusammenarbeit – die Zahl ihrer Ausbildungsplätze deutlich erhöht (siehe Homepage www.eko-online.net). Mehrtägige Workshops für Schülerinnen und Schüler mit Betriebsführung, Testerprobung und Auswahlgesprächen werden mittlerweile schon von mehreren Betrieben durchgeführt.

Aus der Kooperation zwischen der Bettina-von-Arnim-Oberschule und der Firma Otis resultierten schon oft über die Berufsvorbereitung hinausgehende soziale Projekte in der Region. Jüngst förderten beide gemeinsam die „Special Olympics“, die im November 2004 in Berlin ausgetragen wurden. Otis war ein Hauptsponsor, und die Schülerinnen und Schüler taten ihren Dienst als Helfer. Sie mussten sich vom Aufruf bis zur Siegerehrung um einen bestimmten Athleten kümmern. Diese Aufgabe hinterließ nicht nur bei den Schülerinnen und Schülern ein Erfolgserlebnis, sie zeigte auch, dass ungewohnte Kooperationen das soziale Leben der Stadt bereichern (vgl. auch Homepage www.bettina.cidsnet.de).

Grundsätzlich wird versucht, zwischen Schule und Betrieb feste Vereinbarungen in schriftlicher Form einzugehen. Dort werden die gemeinsamen Projekte beschrieben und meist auch ein „Fahrplan“ beschlossen, der die Zeitressourcen umreißt, den beide Seiten einbringen können. Dies hat für beide, Schule und Betrieb, den Vorteil, dass jeweils mehrere Personen und die Leitungsebenen fest eingebunden sind und das Projekt mittragen. Eine verbindliche und kontinuierliche Zusammenarbeit ermöglicht Rückmeldungen. Betriebserkundungen, Praktika, Vorträge von Firmenvertretern sind in vielen Schulen selbstverständlich. Sie bleiben aber häufig für die Beteiligten nur punktuelle Ereignisse. Welche Erfahrungen Schülerinnen und Schüler im Praktikum machen, wird oft noch im Unterricht nachbearbeitet, welche Erfahrungen aber der Betrieb macht, meistens nicht. Eine solche Nachbearbeitung ergibt sich aber, wenn sich die Ansprechpartner kennen und auch ein gewisses Vertrauen gewinnen. Damit werden Lernprozesse ermöglicht, die das Verhältnis von Fremd- und Selbstwahrnehmung sowohl der Schülerinnen und Schüler wie der Schule entscheidend verbessern.

Die erste Kooperationsvereinbarung wurde im September 2000 unterzeichnet. Mittlerweile gibt es 106 fest vereinbarte Kooperationen, siebzig Schulen (Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie auch zunehmend Gymnasien) sind Mitglieder des Projektes – und über hundert Betriebe. Die meisten vereinbarten Kooperationen laufen gut, aber es hängt – wie alles im Leben – immer am Engagement der beteiligten Personen. Als hilfreich erwies es sich, wenn die Ansprechpartner aus Schulen und Betrieben regelmäßige Arbeitstreffen vereinbaren und ihre „Fahrpläne“ für den Zeitraum eines halben Schuljahres festklopfen. Mittlerweile steigt auch die Anzahl der Betriebe, die Auszubildende aus der Partnerschule einstellen. Die neue Regelung des Berliner Schulgesetzes, die eine externe Person als Mitglied der Schulkonferenz vorsieht, hat schon einigen Partnerbetrieben einen Platz in der Schule beschert.

Das Projekt lebt davon, dass gute Beispiele Nachfolger finden und sich viele Schulen und Betriebe anschließen. Letztlich sollte es in Berlin und natürlich im gesamten Bundesgebiet eine Selbstverständlichkeit sein, dass aus Schulen und Betrieben Partner in der Erziehung und Ausbildung von Jugendlichen werden.

■ Kontakt:
Sybille Volkholz
Projektleiterin „Partnerschaft Schule – Betrieb der IHK Berlin“
E-Mail: sybillevolkholz@snafu.de

Was Schule für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung leisten kann

Beispiele aus der Dortmunder Nordstadt

Die Herausforderungen

Als Arbeiterwohnstandort im Zuge der Industrialisierung entstanden ist die Nordstadt traditionell ein Stadtteil mit vielen einkommensschwachen Haushalten. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger lag Ende 2002 bei 13,5% (Dortmund 6,0%), die Arbeitslosenquote bei 24,1% (Dortmund 13,6%). Zugleich ist die Nordstadt das Haupteingangstor für Zuwanderung in die Stadtregion. Menschen mit Migrationshintergrund stellen längst die Mehrheit der Stadtteilbevölkerung. Damit hängt wesentlich zusammen, dass die Nordstadt im Vergleich zu Dortmund insgesamt altersstrukturell eher ein *junger* Stadtteil ist. So liegt der Anteil der Minderjährigen heute mit 25,5% deutlich höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Dortmund 21,2%), während der Anteil der Senioren mit 17,9% (Dortmund 28,4%) unterdurchschnittlich ist. Damit ist auch eine der wesentlichen Zukunftschancen des Stadtteils benannt.

Nachbarschaftsforum Schützenstraße, 2003. Foto: Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Migrantenfamilien sowie sozial deklassierten deutschen Haushalten ist in den Schulen der Nordstadt entsprechend groß. So verzeichnet z.B. „(...) die Nordmarkt-Grundschule (...) einen relativen Anteil von 73,6% an nicht-deutschen SchulanfängerInnen. Diese SchulanfängerInnen mit Migrationshintergrund weisen unterschiedliche Herkunftsländer auf.“ (Stadt Dortmund, Schulverwaltungsamt – Pädagogische Dienste/Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen [RAA] 2001, S. 23) In einigen Grundschulklassen sind Migranten unterschiedlicher Herkunft beinahe unter sich. Die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (RAA) Dortmund weist in ihren Berichten darauf hin, dass sich in Dortmund generell eine ungleiche Verteilung der Nationalitätengruppen auf die verschiedenen Schulformen ausmachen lässt. „Der relative Anteil türkischer SchülerInnen am Gymnasium ist insgesamt sehr gering, wohingegen ihr Anteil an der Haupt- und Sonderschule normal hoch ist.“ (Ebenda, S. 22) Unter den weiterführenden Schulen steht bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund die Gesamtschule eindeutig oben an. So vermeldete die Anne-Frank-Gesamtschule in der Nordstadt, dass unter den 162 Anmeldungen für die 5. Klassen im Sommer 2004 nur sieben aus deutschen Familien kamen.

Bildungsorientierte, eher der Mittelschicht angehörende Haushalte, ob nun mit oder ohne deutschen Pass, entscheiden sich oft spätestens dann für einen Wegzug aus dem Stadtteil, wenn die Einschulung der Kinder ansteht. Die Nordstadt ist damit der zentrale Migrations- und zugleich Integrationsstandort für ganz Dortmund. Dabei fällt neben den Kindergärten insbesondere den Schulen eine wesentliche Integrationsaufgabe zu. Gerade die Qualität von Schule entscheidet darüber, welche sozialen Aufstiegs- und Teilhabechancen sich den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils künftig eröffnen. Neben anderen lokalen Dauereinrichtungen und Regelstrukturen der öffentlichen und privaten Träger bieten vor allem die Schulen potenzielle Kommunikationsschienen für den interkulturellen Dialog. Besser als viele andere Einrichtungen können sie Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern zudem unabhängig von der religiösen oder konfessionellen Orientierung der einzelnen Haushalte erreichen. Sie bilden damit einen unverzichtbaren Brückenkopf für Strategien der Mobilisierung und Aktivierung auch der nicht-organisierten „stillen“ Bewohner.

Schulen als Partner für die Erneuerung

Erste Ansätze zur konzeptionellen Aufweitung der baulich-städtebaulichen Erneuerungsstrategie für die Nordstadt, die seit 1986 mit dem so genannten *Nordstadtprogramm* verfolgt wurde, finden sich ab 1990 mit dem „sozialpädagogischen" und dem „schulischen Nordstadtprogramm". Dazu gehören insbesondere der Ausbau quartiersnaher und zielgruppenspezifischer niedrigschwelliger Beratungs- und Betreuungsangebote (z.B. schulbegleitender Hilfen, mobiler Sozialarbeit) sowie erste Schritte zum Ausbau von Betreuungsangeboten an Grundschulen der Nordstadt zu Ganztagsangeboten.

Die Diskussion, die seit den 80er-Jahren und verstärkt dann im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" seit 1993 in Nordrhein-Westfalen unter Stichworten wie „Öffnung von Schule" oder „Schule und Nachbarschaft" geführt wird, beschreibt gewissermaßen einen Perspektivenwechsel in der Wahrnehmung von Schule durch die traditionellen Akteure der Stadtteil- und Quartiersentwicklung: die Entwicklung der Schule vom Lern- zum Lebensort. Schule übernimmt somit die Aufgabe, Beziehungen zum Umfeld, d.h. zum Stadtteil und seinen Institutionen und Einrichtungen, herzustellen.

Der Planerladen e.V. als Träger des Quartiersmanagements (QM) im Quartier Hafen kann bereits auf langjährige gemeinsame Aktivitäten und Projekte mit Schulen aufbauen. Nicht zuletzt ist er zugleich einer der Träger des sozialpädagogischen Nordstadtprogramms und Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe Nord (AG JuNO), die gemäß § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen Zusammenschluss öffentlicher und anerkannter freier Träger der Jugendhilfe darstellt. Einer der Ziele dieses Gremiums ist es, Schulen „mit ins Boot" zu holen und Kooperationen mit diesen zu verfestigen. Der Planerladen e.V. organisiert in diesem Rahmen seit 1994 die „Hafenrunde", in der rund 33 Einrichtungen freier und öffentlicher Träger vertreten sind, die stadtteilrelevante Themen für Kinder und Jugendliche diskutieren. Hier entstehen auch zahlreiche Projekte, die gemeinsam mit anderen Einrichtungen des Stadtteils durchgeführt werden. Die Förderung der Kooperation und Vernetzung von Jugendhilfeträgern und Schulen im Stadtteil sowie die Eltern- und Migrationsarbeit sind einige der zentralen Zielsetzungen dieses Gremiums.

1. Preis für Kindergruppe „Offenes Atelier des Dietrich-Keuning-Hauses" für ihre Arbeit „Guckkasten".
Foto: (Dietrich-Keuning-Haus) AWO Dortmund – Unterbezirk, G. Schmitz.

Auch im Rahmen seiner verschiedenen Projekte bietet der Planerladen e.V. zahlreiche Angebote für Kinder und Jugendliche im Stadtteil. Dabei erweist es sich als vorteilhaft, dass diese zugleich Bestandteil des Projektverbundes Nordstadt sind, eines übergreifenden Handlungsverbundes von Planerladen e.V., Planungsbüro BASTA und der Grünbau gGmbH. Kennzeichnend hierfür ist vor allem eine enge inhaltliche Verknüpfung laufender Projekte des Planerladens – z.B. Sozial- und Schuldnerberatung, Bewerbungshilfe, Sprachkurse – mit den Jugendhilfeangeboten der Grünbau gGmbH, wie dem Projekt JAWoLL oder dem Qualifizierungsbüro Jobtraining für Jugendliche, einem Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ zur Erprobung des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres. Solche Projekte bieten stets auch Anknüpfungspunkte für neue Aktivitäten und Events mit Schulen im Stadtteil wie z.B. das Projekt „Training gegen Gewalt" mit dem Helmholtzgymnasium.

Auch die in der Umsetzung seit 2002 für die Nordstadt bedeutsame EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II erhebt die Schulen zu wichtigen Akteuren, die im Verbund mit den Trägern der Jugendhilfe und den Trägern sozialer Arbeit vor allem im Rahmen einer Strategie der sozialen Stabilisierung zentrale Integrationsaufgaben übernehmen sollen. Im Programmschwerpunkt 3 des Operationellen Programms für den Stadtteil Dortmund-Nordstadt, der auf den „Aufbau von bewohnergetragenen Einrichtungen und Strukturen" abzielt, finden deshalb neben dem in den Nordstadtquartieren zu installierenden Quartiersmanagement sowie den Quartierszentren vor allem die Grundschulen als wichtige Kommunikationsorte im Gemeinwesen entsprechend Erwähnung. Folgende Bausteine zur Förderung von Schulen als Orte der Integration werden realisiert:

- Ausweitung niedrigschwelliger Elternarbeit durch Elterncafés,
- Stärkung von Sozial- und Handlungskompetenzen durch Schülerclubs.

Quartiersmanagement und Schulen im Stadtteil

Das Projekt Quartiersmanagement Hafen läuft im Planerladen e.V. seit Juli 2002. Es ist Teil des Gesamtprojektes Quartiersmanagement Nordstadt unter der Federführung der ämter- und dezernatsübergreifenden URBAN II-Pro-

jektgruppe der Stadt Dortmund. Als ein Instrument der sozialen Stadtteilentwicklung arbeitet das Quartiersmanagement daran, tragfähige und nachhaltige Strukturen zu bilden und die Lebenssituation im Stadtteil zu verbessern. Allgemein sollen durch das Quartiersmanagement Strategien und Akteure der Quartiersentwicklung integriert und vernetzt, stadträumliche, ökonomische und soziale Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpft sowie Handlungsmöglichkeiten und -kompetenzen der Bewohnerschaft gestärkt werden. Hiermit sind insbesondere die Bewohnermotivation und Befähigung der Bewohnerschaft zu eigenverantwortlichem Handeln, Organisation oder Begleitung von Nachbarschaftsgruppen, Aufbau von Vernetzungsstrukturen, Mittelakquisition für bürgerschaftliche Projekte, Kontaktvermittlung zu und Vernetzung zwischen Schulen, Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Verwaltung, Politik usw. verbunden. Um diese Ziele zu erreichen und seine Aufgaben dauerhaft zu erfüllen, baut das Quartiersmanagement kontinuierlich „verlässliche Partnerschaften“ auf.

Die Schulen als wichtige Institutionen im Stadtteil stellen für das Quartiersmanagement solche potenziellen Partner dar. Von der Partnerschaft „Schule & Quartiersmanagement“ können beide Seiten gleichermaßen profitieren. So hat Schule für das Quartiersmanagement als Kooperationspartner unter anderem die wichtige Funktion eines Multiplikators (z.B. bei der Gewinnung von Eltern, Bewohnerinnen und Bewohnern, Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen, bei der Unterstützung von nachbarschaftlichen Projekten und Aktionen, in der Teilnahme und Entwicklung der Stadtteilkultur). Das Quartiersmanagement wiederum kann die Schulen bei ihrer Zusammenarbeit im Stadtteil und somit bei ihren Bemühungen zur „Öffnung hin zum Stadtteil“ unterstützen, unter anderem bei der Einbeziehung außerschulischer Lernorte, der Nutzung außerschulischer Experten und Kompetenzen, der Entwicklung von Projekten mit Kooperationspartnern im Stadtteil (Ämtern, sozialen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Betrieben und vielen mehr) oder der Öffnung von Räumen in der Schule für Begegnungen, Veranstaltungen und für Kommunikation im Stadtteil.

Schule und Quartiersmanagement können der Stadtteilbewohnerschaft (darunter den Schülerinnen und Schülern) gemeinsam eine bessere Orientierung in der immer unübersichtlicher werdenden Umwelt geben. Das Quartiersmanagement kann die Schulen letztlich bei ihrem Auftrag der Erziehung der Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsbewussten und demokratiefähigen Bürgerinnen und Bürgern unterstützen, indem es den jungen Bewohnerinnen und Bewohnern Möglichkeiten bietet, Erfahrungen der Eigenverantwortlichkeit und der aktiven Mitgestaltung des direkten Wohn- und Lebensumfeldes zu sammeln. Dies zielt zugleich darauf ab, das in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ häufig wenig ausgeprägte Gestaltungsvertrauen der Bewohnerschaft zu entwickeln.

Beispiele für die Zusammenarbeit von QM und örtlichen Schulen

Die Beteiligung der Schulen an stadtteilbezogenen Aktivitäten und Projekten im Quartier Hafen und auch in der Dortmunder Nordstadt insgesamt kann sich auf vorhandene Vernetzungsstrukturen und entwickelte Kooperationen stützen. So finden sich zahlreiche Schulleitungen, Lehrkräfte und Elternvertreter, die sich im Stadtteil engagieren und somit auch gemeinsam mit dem Quartiersmanagement den Stadtteil mitgestalten. Sie nehmen nicht nur an den Zusammenschlüssen von Jugendhilfeträgern teil (von der „Hafenrunde“ bis zur „AG JuNO“) sondern arbeiten auch in übergreifenden Kooperationsrunden wie dem „Nordstadtforum“ mit, in dem Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Kirchen, Verwaltung und Politik aus der Nordstadt präsent sind. Zudem beteiligen sie sich an den Quartiers- und Nachbarschaftsforen des Quartiersmanagements. Hier tauschen sie sich gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie mit Vertretern aus Verwaltung, Ämtern, Politik und anderen Einrichtungen im Quartier über gemeinsame Themen aus und versuchen neue Handlungsansätze zu finden.

Für die konkrete Zusammenarbeit mit den Schulen im Quartier finden sich bereits einige gute Beispiele: So lud die Arbeiterwohlfahrt als Initiator, unterstützt durch das Quartiersmanagement Hafen und das Planungsamt der Stadt Dortmund, im Jahre 2003 alle Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Hafenviertel und darüber hinaus dazu ein, sich an dem Wettbewerb „WasserWelten“ – einem Mal-, Gestaltungs- und Erlebniswettbewerb zum Thema „Wasser im Stadtteil“ – zu beteiligen. Rund 240 Einsendungen gingen ein. Zahlreiche Schulklassen sowie Kinder- und Jugendgruppen beteiligten sich aktiv an diesem Wettbewerb. Die breite Resonanz aus den Schulen und Kindergärten belegte nicht nur, welche Stärken und Kreativpotenziale bei der jungen Stadtteilbevölkerung schlummern, sondern auch welche wichtige Aufgabe die genannten Einrichtungen bei der Vermittlung solcher Projektanliegen übernehmen können.

Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung und Begleitung der Arbeit des Türkischen Elternvereins in Dortmund und Umgebung e.V. (DO-TEV) durch das Quartiersmanagement Hafen. So hat der Verein gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Leseprojekt mit dem Titel „Oku bakayım! – Lies mal“ gestartet. Im Jahr 2004 fanden in diesem Rahmen zwei Lesungen in Deutsch und Türkisch statt. Unverzichtbare Kooperationspartner sind dabei die örtlichen Grundschulen. Die zweite Lesung in der Reihe fand z.B.

in der Aula der Albrecht-Brinkmann-Grundschule statt und wurde von über 100 Kindern, Eltern, Lehrkräften und Interessierten besucht. Aufgrund der großen Nachfrage sind weitere Lesungen in anderen Schulen geplant. Darüber hinaus hat das Quartiersmanagement auch die Möglichkeit, die Räumlichkeiten dieser Schulen für andere Veranstaltungen zu nutzen. Alle Lesungen finden in Kooperation mit unterschiedlichen Einrichtungen aus der Nordstadt statt. Beispielsweise fungierte eine Buchhandlung aus dem Stadtteil als Sponsor der Aktivitäten.

Derzeit steht das Quartiersmanagement Hafen z.B. der Lessing-Grundschule bei der Einrichtung eines Elterncafés zur Seite. In diesem Rahmen wurden diverse Gespräche mit der Schule und Elternvertretern geführt und diese darin begleitet, ihre Projektvorstellungen bei Politik und Bezirksvertretung zur Abstimmung einzureichen.

Perspektiven

Das Quartiersmanagement versteht sich als Impulsgeber und als Moderator von Entwicklungen im Stadtteil. Es stellt allerdings ein zeitlich erklärtermaßen begrenztes Instrumentarium dar. Arbeit und Aufgabenwahrnehmung des Quartiersmanagements müssen daher so angelegt sein, dass nachhaltig tragfähige Strukturen entstehen oder entwickelt werden können. Hier liegt es nahe, die verschiedenen Regeleinrichtungen wie Schulen im Stadtteil ins Auge zu fassen und zu prüfen, inwieweit zumindest Teilaufgaben des Quartiersmanagements künftig von diesen übernommen werden können.

- Kontakt:
  Meleg Dag und Stefan Peter Andres
  Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen
  Planerladen e.V.
  Schützenstr. 42, 44147 Dortmund
  Telefon 0231/8820700
  Telefax 0231/8820701
  E-Mail:
  Qm-Hafen@quartiersmanagement-nordstadt.de

2. Lesung „Oku bakay:m! – Lies mal“ in der Albrecht-Brinkmann-Grundschule, 2004.
Foto: Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen

Literatur

Stadt Dortmund, Schulverwaltungsamt – Pädagogische Dienste/Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (RAA): Die schulische Situation zugewanderter Kinder und Jugendlicher in Dortmund – Schuljahr 2000/01.

ABONNEMENT

Sie möchten Soziale Stadt info abonnieren?

Schicken Sie uns eine E-Mail:
sozialestadt@difu.de

oder ein Telefax:
030/39 001-269

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an:
Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin.

„Soziale Stadt – meine Sicht“

Bildungspotenziale aller Kinder ausschöpfen!

Die Gebeschusschule, Grundschule mit Ganztagsangebot, liegt im „benachteiligten“ Stadtteil Hanau-Lamboy. Von den Schülerinnen und Schülern sind bis zu 85 Prozent (ausgesiedelte, ausländische, zugewanderte, hier geborene, eingebürgerte und nicht-eingebürgerte) Migrantenkinder. Die Gebeschusschule ist daher wie ein „Schmelztiegel“ von Kindern aus derzeit 29 unterschiedlichen Nationen mit allen multikulturellen und sozialen Vielschichtigkeiten.

Anliegen der Arbeit an der Gebeschusschule ist es, den Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Persönlichkeitsentwicklung aller Kinder zu verwirklichen. Das Problem besteht darin, dass viele Eltern unseres Schuleinzugsgebietes die Verantwortung für Bildung und Erziehung ganz oder vorrangig der Schule überlassen. Erschwerend wirken sprachliche Barrieren und das aufgrund ihrer eigenen Sozialisation mangelnde Bewusstsein vieler Eltern für die Bedeutung, die Bildung für ihre Kinder hat. Die hieraus entstehende Bildungsbenachteiligung ist nicht erst seit PISA bekannt, jedoch werden die Kompetenzunterschiede, die Kinder je nach ihrem elterlichen Hintergrund von bis zu zwei Schuljahren besitzen, nachhaltig belegt.

Die Kinder sind durchaus lern- und bildungsfähig. Um ihnen adäquate Chancen zu eröffnen, müssen unsere Überlegungen folgende Aspekte einschließen: Eltern brauchen Unterstützung bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder; sie brauchen Hilfe zum Verständnis für frühzeitige, Bildung umfassende Erziehung. Daher agiert die Gebeschusschule mit einem „parallelen“ Ansatz der Förderung der Kinder und der Einbeziehung der Eltern einschließlich besonderer Angebote für Eltern unter der Prämisse, das Anregungs- und Integrationspotenzial aller für alle zu nutzen. Wir versuchen einzubinden, was die Kinder und ihre Eltern in die Schule, in die Gesellschaft einbringen: ihre Sprachen, ihre Erfahrungen und Kompetenzen, ihre Kulturen und Religionen.

Förderung sprachlicher Kompetenzen – auch für Eltern ein Integrationsportal

Wir verstehen die Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit sowie die unterschiedlichen Kulturen an unserer Schule als Reichtum, den es für ein friedliches Miteinander zu nutzen und vermehrt auch bewusst zu machen gilt.

Im Morgenkreis begrüßen wir uns – vom zweiten Schultag an! – in den Sprachen der Kinder. Die Kinder nennen das Datum in ihrer jeweiligen Herkunftssprache, was gar nicht einfach ist, bedenkt man die Verwendung von Ordnungszahlen. Zudem wird es hierbei erstmals für die Kinder möglich, die Sprachen zu wechseln und mit Sprachen zu spielen. Die meisten Kinder zeigen große Offenheit für Sprachen und ein erstaunliches Lernvermögen in Sachen Sprachenvielfalt (türkisch, kurdisch, italienisch, russisch, suaheli, albanisch, bosnisch, afghanisch, chinesisch, englisch).

Von Anfang an sind die Eltern in die schulische Arbeit eingebunden, sie erhalten sozusagen „Hausaufgaben“, nämlich bestimmte Begriffe für uns in ihre Sprache zu übersetzen. Eltern erfahren damit Schule und Lernen in für sie neuen Zusammenhängen. Diese Arbeit bindet die Eltern zugleich in das Unterrichtsgeschehen ein, da die Kinder Begriffe oder Kommunikationsrituale wie das Nennen des Datums zu Hause üben bzw. die Eltern diese Begriffe oder Sätze ihren Kindern zunächst vermitteln müssen. Aufgrund dieser veränderten Arbeit öffnen sich Eltern der Schule gegenüber und nehmen aktiver und intensiver Anteil an den Lerninhalten, an Aktivitäten der Klasse und an der Schule.

Zur Förderung der Sprachkompetenz ist es von größter Bedeutung, Kinder wieder stärker an die Freude an und die Nutzung von Büchern heranzuführen – sowohl für das Lernen als auch für die Freizeitgestaltung. In *Klassen-Minibibliotheken* können die Kinder im kleinen Rahmen „schmökern“. Systematisch wurden für alle Klassen Kinder- und Schülerlexika angeschafft, um so das Sinn erfassende Lesen zwecks Informationsentnahme zu fördern und zu fordern.

In der großen *schuleigenen Schülerbücherei* haben die Schülerinnen und Schüler aller Klassen die Möglichkeit, zu fest vereinbarten Zeiten Bücher auszuleihen; in „offenen Büchereistunden“ werden freie Lese- und „Schmöker“-Zeiten angeboten. Anregungen dafür erhalten sie im Regelunterricht z.B. durch Arbeitsaufträge, sich zu Unterrichtsthemen gezielt Bücher auszuleihen. Sie erlernen die Ausleihtechnik, die ihnen für die Nutzung der öffentlichen Bücherei hilft.

Die *öffentliche Stadtbücherei* ist für unsere Klassen ein wichtiger außerschulischer Lernort; die Bibliotheksangebote werden intensiv genutzt. Die Kinder verfügen über eigene Leseausweise und werden angeregt, sich hier

für ihre Freizeit oder zur Bearbeitung schulischer Themen Bücher auszuleihen.

Des Weiteren führen wir unsere Kinder zu einem bewussten Umgang mit dem Computer hin. Wir arbeiten in der Regel ab dem 1. Schuljahr mit dem Computer, der auch – neben dem Computerraum mit festen Kursen – in allen Klassenräumen mit Internetzugang Einzug gehalten hat. Während in den ersten Schuljahren die Nutzung des Computers als Schreib- und Übungsgerät mit Lernprogrammen im Vordergrund steht, wird in den 3. und 4. Klassen sowie in den diversen Computer-Kursen im Computerraum der Schule das Internet für die Informationsbeschaffung genutzt.

Als übergreifendes Bücherei- und Computerangebot nutzt unsere Schule „Antolin – Ermunterung zum Lesen" im Internet. Dieses Programm schlägt Kindern Bücher vor und offeriert ihnen dann Quizfragen zu dem Gelesenen. Die Arbeit mit dem Internet, mit Benutzername und Kennwort ist bei den Kindern äußert beliebt. In der Schülerbücherei werden mittlerweile vorwiegend „Antolin"-Bücher ausgeliehen. Einige Kinder nutzen die Internet-Möglichkeiten zu Hause oder in Internet-Cafés, jedoch stellen unsere schulischen Computer-Möglichkeiten sicher, dass alle Kinder mit Antolin arbeiten können. Ergänzend zur schulischen Förderung werden in Zusammenarbeit mit der „Sozialen Stadt" „Mama lernt Deutsch"-Kurse und Computer-Kurse für Jugendliche und Erwachsene angeboten.

Musisch-ästhetische Bildung, kulturelle Bildung, Bewegung, Spiel und Sport als Integrationsportal

Musisch-ästhetische Bildung, kulturelle Bildung und Bildung im Bereich von Bewegung, Spiel und Sport bieten sich an, um Kinder in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken und sie in ihrer Sprach- und Ausdrucksfähigkeit zu fördern. So binden wir im Rahmen unseres Ganztagsangebots immer wieder Eltern in die Schule als Gruppenleiter, aber auch als Teilnehmer an den Kursen ein. Die Folklore-Gruppe wird z.B. von einer kurdischen Mutter und die Mittagsbetreuung mit Bastelangeboten von einer deutschen Mutter geleitet. Das „Aquarell-Malen für Mutter und Kind" wird von Müttern unterschiedlicher Herkunft mit ihren Kindern wahrgenommen.

„Wer feste arbeitet, kann auch Feste feiern" ist ein Motto an unserer Schule. Dabei finden unterschiedliche Feste mit ihren religiösen, kulturellen und weltlichen Hintergründen Beachtung (Seker Bayramı, St. Martin, Nikolaus, Kurban Bayramı, Fasching, Erntedank, internationaler Kindertag usw.). Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Feste werden herausgearbeitet. Feiern ohne Mitwirkung von Eltern und anderer Kooperationspartner im Stadtteil ist dabei undenkbar.

Erfahrungen und Kompetenzen als Integrationsportal

Bisher richten wir unser Augenmerk noch zu wenig auf besonders begabte Kinder mit Migrationshintergrund – ein Potenzial, das es zu fördern gilt mit der Perspektive, diesen Kindern eine schulische Laufbahn zu eröffnen, die ihnen ihre Familien nicht ermöglichen kann. Dabei wollen wir versuchen, durch ein LOS-Projekt auch die Potenziale der Eltern auszuschöpfen. Eltern und Bürger mit Hochschulbildung, etwa Diplom, in unserem Stadtteil, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes bisher keine Anstellung finden konnten, sollen hier ihre Fähigkeiten im mathematischen und naturwissenschaftlichen Lernbereich sinnvoll einsetzen.

- Kontakt:
  Anne-D. Stübing, Dipl.-Päd.
  Schulleiterin der Gebeschusschule
  Friedrich-Engels-Str. 19, 63452 Hanau
  E-Mail: a.stuebing@hu.ssa.hessen.de

Veranstaltungshinweise

Siehe auch S. 28

März 2005, Potsdam
Berufsbegleitende Weiterbildung mit Zertifikat „Quartiersmanagement: Kompetenzen. Konzepte. Quartiere";
Im März startet die neue Weiterbildung „Quartiersmanagement" der FH Potsdam. Die interdisziplinär und anwendungsbezogen konzipierte Weiterbildung hat zum Ziel, die persönlichen Handlungskompetenzen von (potenziellen) Quartiersmanagern zu erweitern und für entwicklungs- und lösungsorientierte Tätigkeiten, interdisziplinäre und interkulturelle Arbeitsprozesse zu qualifizieren. Die Weiterbildung richtet sich an alle Akteure aus Gemeinwesen-, Jugend- und soziokultureller Arbeit, den Bereichen Architektur, Stadtplanung, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, lokaler Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung sowie insbesondere an Akteure aus dem Umfeld der „Sozialen Stadt" in den neuen Bundesländern. Die einzelnen Module widmen sich interdisziplinären Themen wie „Partizipation und Netzwerkentwicklung", „Prävention und Konfliktmanagement", „Lokale Ökonomie und Wohnungswirtschaft" oder „Leitbildentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit"; Kontakt und weitere Infos: Sandra Cartes, Zentrale Einrichtung Weiterbildung der FH Potsdam, Telefon: 0331/580-2432, Telefax: 0331/580-2439, E-Mail: weiterbildung@fh-potsdam.de, www.fh-potsdam.de.

5.-11.3.2005, Hamburg
Kontaktstudienwoche „Gewalt in der Schule. Ausprägung, Erklärung, Prävention";
In der vom Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg geplanten Studienwoche sollen kriminologische und interdisziplinäre Forschungsergebnisse dargestellt und durch einen breit angelegten Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis nutzbar gemacht werden. Hierbei führt der Bogen von den leichten und schweren Formen der Schulgewalt über die Rolle der Massenmedien bis zur Entwicklung von Strategien zur Konfliktdeeskalation und Gewaltprävention. Veranstalter: Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung; Kosten: 252 Euro; Info: Ursula Kisse, Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Telefon: 040/428386504, E-Mail: ursula.kisse@uni-hamburg.de

Berufsfrühorientierung mit „Praxispilot“

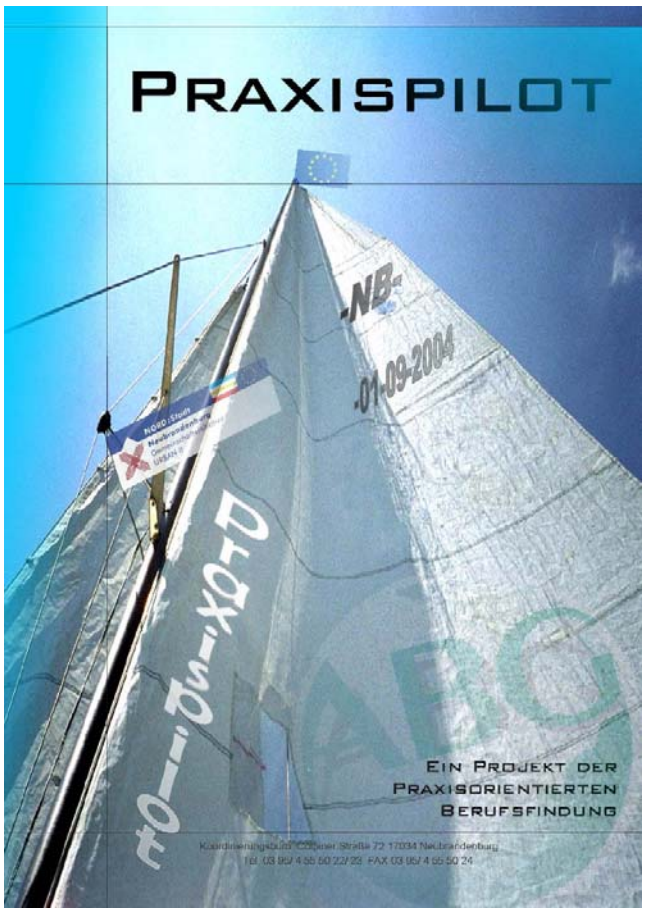
Projekt für und mit Schülerinnen und Schülern im URBAN II-Gebiet „NORD:Stadt“ Neubrandenburg

Den Trend bei Berufsorientierung und -ausbildung in der Stadt Neubrandenburg bestimmen eine häufig unzulängliche Ausbildungsreife junger Menschen, Ausbildungsabbrüche und Abwanderung des begabten Nachwuchses. Es ist dringend notwendig, diesen Trend zu durchbrechen und die Defizite durch praktische Maßnahmen auszugleichen.

Hier setzt das Projekt „Praxispilot“ an, das sowohl für das URBAN II-Gebiet „NORD:Stadt“ Neubrandenburg (siehe auch www.neubrandenburg.de/urban II) als auch für das Gebiet des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt entwickelt wurde; Letzteres ist räumlich in das URBAN II-Gebiet integriert. Als Gemeinschaftsprojekt der BIG-STÄDTEBAU MECKLENBURG-VORPOMMERN GmbH, Treuhänder der Stadt Neubrandenburg für die genannten Förderprogramme, der Stadtverwaltung Neubrandenburg und der Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e.V. entwickelt, zielt der „Praxispilot“ hauptsächlich darauf ab, die berufliche Frühorientierung an die Bedarfe der Wirtschaft anzupassen und die Angebote verschiedenster Akteure der Berufsfrühorientierung zusammengefasst und gezielt an Schülerinnen und Schüler zu vermitteln.

Der „Praxispilot“ bietet eine frühzeitige, ganzheitliche und koordinierte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler von der Klassenstufe 5 an. Wichtige Bausteine in der Konzeption des Projektes sind:

- optimale Abstimmung von Praktikumseinsätzen auf die Schülerinnen und Schüler und deren Berufswünsche,
- Einsatz eines Pilotpasses als Instrument der Berufswegeplanung und
- gezielte Koordinierung von Angeboten der Berufsfrühorientierung entsprechend Schultyp und Schulkonzept.



Seit September 2004 ist der „Praxispilot“ in der ersten Projektphase. Die praxis- und bedarfsorientierte Berufsfindung an den in das Projekt einbezogenen Schulen der Stadt Neubrandenburg wird aktiv umgesetzt. Eine auch über das Internet zugängliche Datenbank, die für die Zielgruppen Schüler, Eltern, Schulen und Unternehmen zentrale Anlaufstelle der Berufsfrühorientierung im URBAN II-Gebiet sein soll, ist ab Mai 2005 verfügbar. Im Rahmen des Programms „Schule plus“ unterstützt seit November 2004 eine Arbeitsgruppe von Schülerinnen und Schülern eines im URBAN II-Gebiet ansässigen Gymnasiums den Aufbau der Datenbank im redaktionellen Bereich.

Mittlerweile sind mehrere Arbeitskreise entstanden; sie binden aktuelle Trends und neue Ansätze der Berufsfrühorientierung konzeptionell in die Projektarbeit ein. Die einzelnen Aktivitäten werden zusammengeführt, dem Beirat des „Praxispiloten“ als oberstem Gremium der Projektsteuerung vorgestellt und nach Prüfung zur Umsetzung in den jeweiligen Projektphasen beschlossen.

Das Projekt hat eine Laufzeit von vier Jahren und wird mithilfe eines indikatorbasierten Monitorings evaluiert.

- Kontakt:
  Martin Kruschwitz
  BIG STÄDTEBAU MECKLENBURG-VORPOMMERN GmbH
  Augustastr. 18°, 17235 Neustrelitz
  Telefon: 03981/246516
  Telefax: 03981/203658
  E-Mail: m.kruschwitz@big-bau.de

Jugendhilfe und Schule

Ihre Kommunikation und Kooperation bei besonderen Problemlagen von Schülerinnen und Schülern

Entstehung der Arbeitshilfe

Im Mai 2000 beschloss der Jugendhilfeausschuss der Stadt Koblenz, eine Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII „Jugendhilfe und Schule“ einzurichten. Als Aufgabenbereich der AG wurde die Verbesserung der Zusammenarbeit der Sozialisationsinstanzen Schule, Elternhaus und Jugendhilfe genannt; unter anderem sollten auch Standards und Empfehlungen zur Zusammenarbeit entwickelt oder weiterentwickelt werden.

Die Kooperation zwischen Jugendamt und Schulen insbesondere bei Verdacht oder Bestehen einer Gefährdung des Kindeswohls war der AG überaus wichtig. Eine vom Jugendamt erstellte Arbeitshilfe diente der AG und den Schulleitungen als Diskussionsgrundlage.

Unter anderem durch die Einführung der Ganztagsschulen kam es zu zeitlichen Verzögerungen. So wurde der Entwurf 2003 noch einmal zur Diskussion gestellt, damit eine Arbeitshilfe zur Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe von beiden Seiten mitgetragen werden konnte und ihre praktische Umsetzung Erfolg haben würde.

Im Juni 2004 wurde in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Schulträgerausschuss die Arbeitshilfe verabschiedet und vom zuständigen Dezernenten für die Mitarbeiterschaft des Jugendamtes für verbindlich erklärt. Sie soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Schulen und dem Jugendamt als Handlungsorientierung dienen.

In Form von Informationsveranstaltungen werden alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Koblenz tätig sind, über die Verfahrensabläufe und fachlichen Standards der Arbeitshilfe informiert. Der Empfehlung der Arbeitshilfe, „runde Tische“ zur Kommunikation und Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule zu initiieren, wird nach Bedarf entsprochen.

Inhalt der Arbeitshilfe

Die Arbeitshilfe klärt – in Ermangelung einer einheitlichen und verbindlichen Definition – zunächst den Begriff der „Kindeswohlgefährdung“ und verweist exemplarisch auf unterschiedliche Problemlagen, die den Anlass für die Kooperation und Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Schule bilden sollten, mit dem Ziel, eine wirksame Hilfe für das Kind/den Jugendlichen unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten in die Wege zu leiten.

Da es unerlässlich ist, auch datenschutzrechtliche Bestimmungen und strafrechtliche Konsequenzen bei deren Nichtbeachtung zu berücksichtigen, schließen sich hierzu Aussagen (im Kontext von Kommunikation/Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule) an (siehe Abb. 1, S. 24).

Grundlage für eine gelingende Kommunikation und Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule bildet die Erkenntnis, dass beide Seiten einen eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag – trotz unterschiedlicher gesetzlicher Arbeitsaufträge bei der Verwirklichung des Rechts junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftlichen Persönlichkeiten – einzubringen haben. Diese Grundlage wurde um Maximen des Zusammenwirkens ergänzt und ein Ablaufdiagramm entwickelt, das Arbeitsschritte in der Institution Schule bzw. Jugendamt veranschaulicht, die beim Bekanntwerden einer möglichen Gefährdungssituation eines Kindes/Jugendlichen notwendig werden (siehe Abb. 2, S. 25).

Die Arbeithilfe schließt mit Handlungsmöglichkeiten für die Kooperation und Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Schule (unter anderem „runde Tische“), der Beschreibung von Kennzeichen des Hilfeprozesses und konkreten Vereinbarungen zu Erreichbarkeit und gegenseitiger Information ab.

- Kontakt:
  Thomas Muth,
  Dipl.-Sozialpädagoge (FH)
  Stadt Koblenz
  Amt für Jugend, Familie, Senioren
  und Soziales – Jugendamt –
  Leiter der Kinder- und Jugendförderung

  Telefon: 0261/129-2320
  Telefax: 0261/129-2300
  E-Mail:
  Thomas.Muth@stadt.koblenz.de

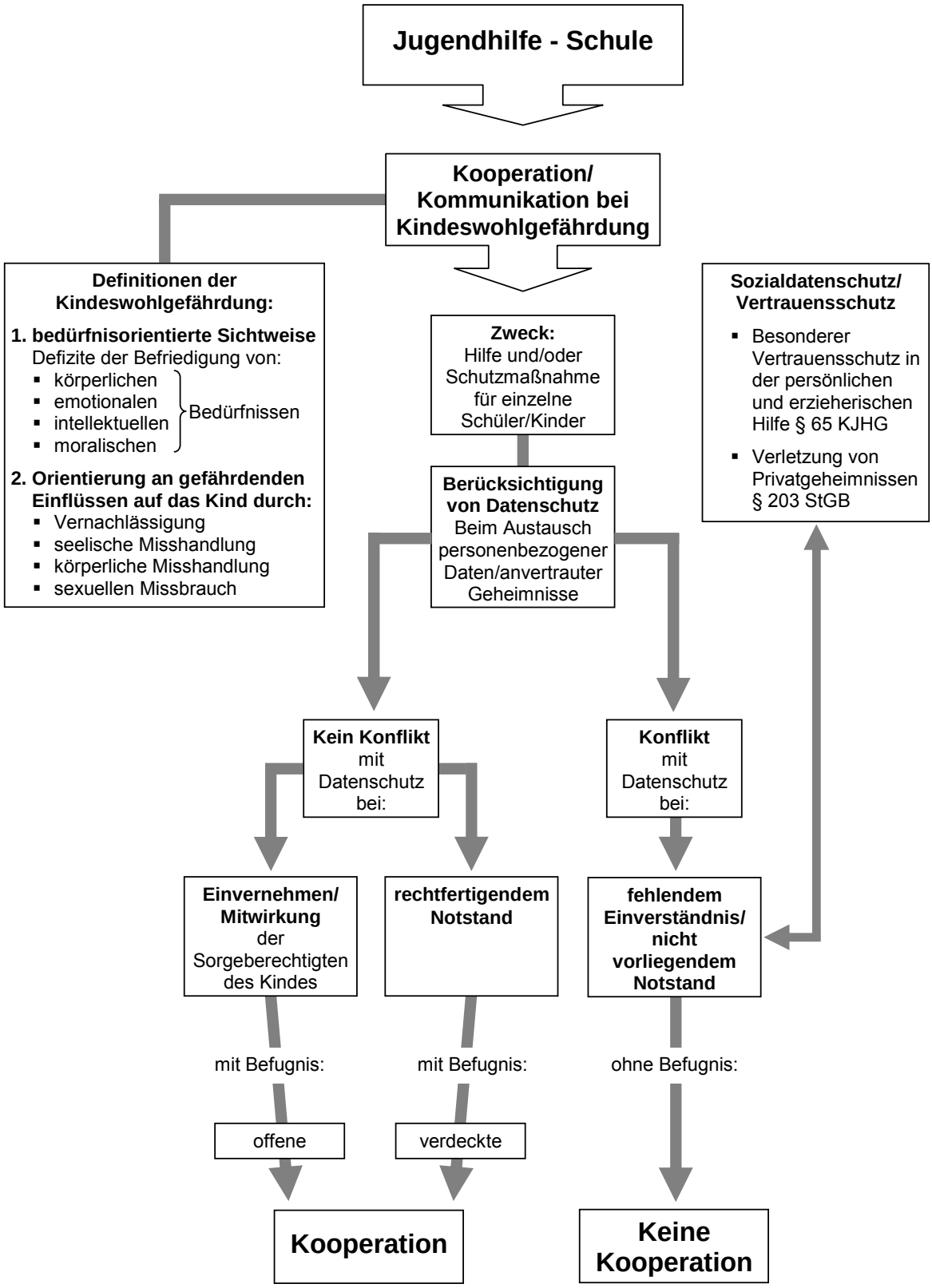


Abbildung: Jugendamt der Stadt Koblenz

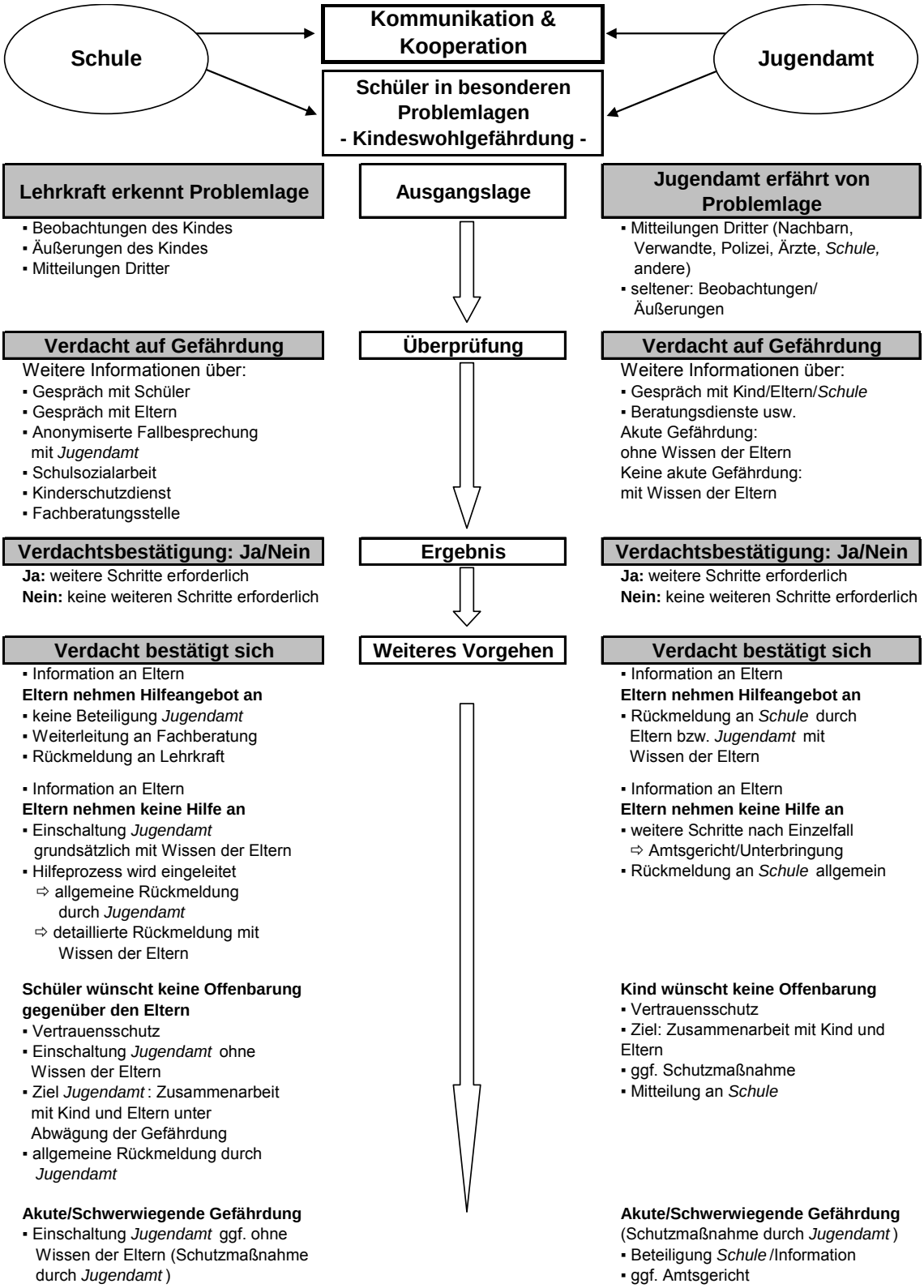


Abbildung: Jugendamt der Stadt Koblenz

Fünf Jahre Soziale Stadt in Bayern

Fachtagung „Städtebauförderung in Bayern“ in Augsburg

Die Potenziale des erweiterten Stadterneuerungsansatzes im Rahmen der Sozialen Stadt und die damit verbundenen Herausforderungen waren Gegenstand einer Fachtagung der Obersten Baubehörde mit Experten aus Wissenschaft, Vertretern der Landes- und der Kommunalpolitik sowie der Stadtplanung und weiteren am Programm beteiligten Akteuren aus den 50 bayerischen Soziale Stadt-Gebieten am 21. Oktober 2004 in Augsburg. 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten die Vorträge und engagiert geführten Diskussionen.

Nach der Begrüßung durch Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert und Joachim Paas, dem Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung in der Obersten Baubehörde, stellte Innenminister Dr. Günther Beckstein die positiven Entwicklungen in den Programmgebieten Bayerns dar, die durch das gemeinsame Engagement von Bund, Land, Kommunen, Bürgern, Eigentümern sowie den Trägern und Vereinen vor Ort bereits ausgelöst wurden. „In den fünf Jahren seit dem Start des Programms haben wir eine Menge erreicht“, stellte der Innenminister fest, „das Programm Soziale Stadt ist eine Investition in die Zukunft unserer Städte.“

Die Vernetzung der baulichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren ist ein zentraler Aspekt des Programms. Neben sichtbaren baulichen Veränderungen sind es insbesondere Betreuungs-, Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sowie Projekte zur sprachlichen und beruflichen Qualifizierung, die der Stadtteilbewohnerschaft neue Perspektiven eröffnen. Die Einwohnerzahl der am Programm beteiligten bayerischen Kommunen reicht von 2 500 bis 1,3 Millionen Einwohnern, mehr als die Hälfte der bayerischen Programmgebiete befindet sich in Städten und Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern. Dies widerlegt nach Beckstein die Vorstellung, dass Soziale Stadt eine Initiative ist, die lediglich auf Probleme in Großstädten reagiert. Die Projektziele und Aufgaben werden individuell entsprechend den örtlichen Problemlagen entwickelt. Großsiedlungen wie das Hasenbergl in München oder eine ehemals von US-Streitkräften genutzte Wohnsiedlung in Neu-Ulm sind ebenso darunter wie innerstädtische Altbaugebiete in Fürth und Hof oder kleine Gemeinden, wie das 2 500 Einwohner zählende Bodolz.

Bund und Freistaat stellten für die bayerischen Projekte seit Beginn der Initiative über 109 Millionen Euro bereit. Alleine im Jahresprogramm 2004 sind es über 20 Millionen Euro, davon mehr als die Hälfte aus bayerischen Landesmitteln. „Wir ziehen uns trotz des Konsolidierungskurses der Bayerischen Staatsregierung nicht aus der Verantwortung für Investitionen in unseren Städten zurück“, betonte Beckstein.

Der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Hartmut Häußermann von der Berliner Humboldt-Universität kennzeichnete Stadtteile mit erheblichen sozialen Problemen nicht nur als „benachteiligt“, sondern zusätzlich als „benachteiligend“. „Arme Quartiere machen ihre Bewohner noch ärmer“, so Häußermann. Es gehe darum, die Abkoppelung von Stadtteilen von der allgemeinen Entwicklung einer Stadt zu bremsen und die Lebenschancen der Bewohner – insbesondere die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen – zu verbessern. Die Gemeinschaftsinitiative ist für Häußermann eine Chance, den gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen, den er anhand von Entwicklungen wie Deindustrialisierung, wachsende Einkommensungleichheit, zunehmende kulturelle Heterogenität sowie Individualisierung beschrieb.

In dem anschließenden Podiumsgespräch diskutierten neben Beckstein und Häußermann der Architekt und Stadtplaner Jochen Baur, München, Hans Joachim Schlössl, Leiter des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg, sowie Oberbürgermeister Dieter Döhla aus Hof über den integrativen Handlungsansatz des Programms in der Praxis. Der Minister betonte die besondere Effektivität, die in der Bündelung der Städtebauförderung mit den Programmen anderer Fachbereiche liegt und ermunterte die Kommunen, diese Chance verstärkt zu nutzen. Die Diskussionsteilnehmer unterstrichen, dass eine aktive Bürgerschaft für die Stadtteilerneuerung ein wertvolles Potenzial ist und hoben in diesem Zusammenhang die Rolle des Quartiersmanagements hervor.

Gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf kann die Kunst im öffentlichen Raum, so Dr. Julian Nida-Rümelin, Professor für politische Theorie und Philosophie an der Universität München, eine wichtige soziale Funktion haben. Die Identität eines Stadtviertels hänge davon ab, ob es mit bestimmten Projekten zu identifizieren ist, und hierzu könne Kunst beitragen. Früher wurde Kunst im öffentlichen Raum entweder hingenommen oder – wenn sie Irritation hervorrief – abgelehnt. Heute versuchten die Künstler wieder verstärkt, ihre Werke für alle „lesbar“ zu gestalten. Die Er-

fahrung zeige, dass Kunstwerke im öffentlichen Raum, die von den Bürgern akzeptiert sind, kaum beschädigt werden. Nida-Rümelin forderte, die Kunst wieder stärker mit der Urbanität zu verbinden und mit ihr noch stärker im Stadtbild präsent zu sein.

Das folgende Podiumsgespräch bot den in den Projektgebieten tätigen Akteuren die Möglichkeit zur Standortbestimmung, Bestätigung und Weiterentwicklung in ihrer Arbeit. Die Teilnehmer der Diskussion, Gabriele Zobel, Quartiersmanagerin in Lindau-Zech, Cäcilia Scheffler, beauftragt mit der Projektsteuerung im Soziale Stadt-Gebiet in Hof, Michael Sturm, Geschäftsführer des Qualifizierungsprojektes Junge Arbeit in München-Hasenbergl, Klaus Nickelkoppe, Geschäftsführer der Stadtbau GmbH, Regensburg, sowie Norbert Reinfuss vom Stadtplanungsamt Augsburg arbeiteten insbesondere die Anknüpfungspunkte und die Potenziale heraus, die Gebiete und die in ihnen lebenden Menschen haben und die für die Erneuerung eine wesentliche Rolle spielen.

Die Stadtteilentwicklung müsse – so Dr. Rotraut Weeber, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Stuttgart/Berlin, in ihrem Referat – noch mehr als Entwicklungsansatz für die *gesamte* Stadt aufgefasst werden. Dazu gehörten konsequent verfolgte übergeordnete Strategien zur Innenentwicklung der Städte und zur Prävention sozialer Segregation. Weeber forderte, sozialraum- oder stadtteilbezogenes Handeln zu stärken. Integriertes Handeln im Stadtteil werde erleichtert, wenn Verantwortlichkeiten in Verwaltung und Stadtpolitik noch mehr für die Stadtteile gebündelt werden.

Im Anschluss an die Fachtagung fand die Übergabe des neu gestalteten Quartiersplatzes an die Bürgerinnen und Bürger im Soziale Stadt-Gebiet Augsburg-Oberhausen durch den Innenstaatssekretär Georg Schmid, Oberbürgermeister Dr. Wengert, Regierungsvizepräsident Karl Michael Scheufele sowie Vertreter der Kirchen und des Verbandes islamischer Kulturzentren statt. Den Tagungsteilnehmern bot sich mit dem damit verbundenen Quartiersfest die Möglichkeit, vor Ort die neu entstandene Lebendigkeit zu erleben.

- Kontakt:
  Karin Sandeck
  (Referatsleiterin Städtebauförderung)
  Ulrich Hach
  (für Fragen zur Sozialen Stadt)
  Oberste Baubehörde im
  Bayerischen Staatsministerium
  des Innern
  Franz-Josef-Strauß-Ring 4
  Telefon: 089/2192-3482
  Telefax: 089/2192-13698
  E-Mail: ulrich.hach@stmi.bayern.de

Link-Sammlung zum Thema Bildung

Die folgende Link-Sammlung ist keinesfalls vollständig, bietet aber eine erste Hilfe, via Internet weitere Informationen und Anregungen zum Thema zu bekommen.

www.bay-staedtetag.de/diskpap01.pdf Ein Diskussionspapier („Für eine zukunftsfähige Schule“) zum Bayerischen Städtetag

www.bildungsportal.nrw.de Informationen unter anderem zur offenen Ganztagsschule, die immer mehr auch zu einem Ort der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit wird

www.bildungsserver.de Informationen und Datenbanken unter anderem für Schüler, Auszubildende, Eltern, Lehrkräfte. Der Deutsche Bildungsserver ist ein Gemeinschaftsservice von Bund und Ländern, koordinierende Geschäftsstelle ist das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/M. und Berlin. Der Aufbau des Themengebietes Kindertagesbetreuung erfolgt in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), München.

www.blk-bonn.de Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung

www.boell.de Unter „Bildung & Wissenschaft“ sind Materialien zum Thema und Positionspapiere der Bildungskommission der Heinrich Böll Stiftung abrufbar

www.bundesjugendkuratorium.de
Hier finden sich unter anderem die Stellungsnahmen des bjk zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung zur Schaffung von mehr Ganztagsschulen und zur Förderung von Kindern unter sechs Jahren

www.cdu-niedersachsen.de/hmsc/konzepte/schule_und_bildung.php
Links zu den Positionen und Thesenpapieren zur Bildungspolitik der CDU

www.demo-online.de/index.php/iIssueid/33/a/1/ Schwerpunktthema von DEMO, Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, Ausgabe 12/04: „Schule auf neuen Wegen“

www.edusax.org Heinrich Böll Stiftung: Hintergrundinformationen, Texte und Links zum Thema Bildung

www.ganztagsschulen.org/ Umfassende Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema Ganztagsschulen

www.kmk.org Website der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

www.kompetenzen-foerdern.de/
Um auch benachteiligten jungen Menschen eine Ausbildungschance zu eröffnen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“ eingerichtet. Es soll eine umfassende Modernisierung der beruflichen Benachteiligtenförderung bewirken und besonders Jugendlichen, die bislang ohne abgeschlossene Ausbildung geblieben sind, neue Einstiegs- und Qualifizierungswege eröffnen.

www.ksj.de/schule/position.htm Unter anderem Positionspapiere der Katholi-

schen Studierenden Jugend zur Ganztagsschule und anderen bildungspolitischen Themen
www.pro-beruf.de Pro Beruf bietet rund 100 arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Plätze in verschiedenen Fördermaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit an. Hinzu kommen Beratungsangebote im Übergang Schule-Beruf.
www.schlaumaeuse.de Die Bildungsinitiative Schlaumäuse speziell für Vorschulkinder soll die natürliche Lust der Kinder am Lernen fördern und sie spielerisch an Sprache und Schrift heranführen. Berührungsängste gegenüber modernen Medientechnologien sollen abgebaut werden. Im Mittelpunkt der Initiative stehen Kinder, die auf Grund ihrer räumlichen und sozialen Rahmenbedingungen benachteiligt sind. Eine Initiative von Microsoft in Zusammenarbeit mit UNICEF, der Bundesprogrammplattform E & C, dem Cornelsen-Verlag und der Computer-LernWerkstatt der Technischen Universität Berlin.
www.schule-aus-bildung.de Hier gibt es umfangreiche Informationen zu den Themen „Schule aus“ und „Ausbildung“
www.schuleundgesundheit.hessen.de Schule und Gesundheit bietet Informationen und Lehrmaterialien für Schüler, Lehrkräfte und Eltern zu Arbeitsschutz-/Arbeitssicherheit, Gesundheitserziehung und -förderung, Bewegungserziehung, Sucht- und Gewaltprävention, Sexualerziehung
www.schulinfos.de Informationen zur offenen Ganztagsschule in NRW
www.tageseinrichtungen.nrw.de/index_frame.html Informationen zu Tageseinrichtungen für Kinder in NRW
www.weiterdenken.de Bildungswerk Weiterdenken e.V. in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. in Sachsen

Projekte

www.anschub.de Die „Allianz für nachhaltige Schulgesundheit und Bildung in Deutschland” ist ein von der Bertelsmann Stiftung initiiertes nationales Projekt zur schulischen Gesundheitsförderung. Es versteht sich als bundesweiter Zusammenschluss von Institutionen, die durch eine gemeinsame Initiative eine nachhaltige und ganzheitliche Gesundheitsförderung in Schulen ermöglichen wollen
www.bagage.de Pädagogische Ideenwerkstatt, Träger der Freien Jugendhilfe
www.bertelsmann-stiftung.de/de/8521.jsp Modellprojekt „Selbstständige Schule NRW“. Mit dem Modellprojekt wird das Ziel verfolgt, durch größere Autonomie der einzelnen Schule zur Qualitätssteigerung beizutragen
www.coole-schule.deutscher-verein.de Ein Praxisforschungsprojekt zum Phänomen Schulverweigerung im Netzwerk von Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft
www.mus-e.de/ In diesem von der Yehudi-Menuhin-Stiftung initiierten Projekt fördern Künstler aus verschiedenen Ländern die musische Erziehung von Grundschulkindern (Schwerpunkte: in NRW, Saarland, Bremen, Osnabrück).
www.sozialestadt.rosenheim.de/htmls/konz_bild.htm Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, etwa Sprachförderung und sportliche Aktivitäten, in Rosenheim

Veranstaltungshinweise

Siehe auch S. 21

4. 3. 2005, Hannover
Wohnbund-Fachtagung „Benachteiligte Quartiere“; Veranstalter: Wohnbund e.V.; Veranstaltungsort: Werkhof, Schaufelderstr. 11, 30167 Hannover; Info: Wohnbund e.V., Telefon: 089/74689611, E-Mail: info@wohnbund.de

8.-10. 4. 2005, Schloss Flehingen
Fachseminar „Projektmanagement“ – Professionell planen, zielstrebig realisieren; Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.; Veranstaltungsort: Schloss Flehingen; Kosten: 180 Euro, erm. 90 Euro, inkl. Unterkunft und Verpflegung; Info: Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V., Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Telefon: 0711/2633941-0, Telefax: 0711/2633941-9, E-Mail: info@boell-ba-wue.de

9.-11. 5. 2005, Gelnhausen
Workshop „Sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit 2004–2006“, 2. Kursabschnitt; Veranstalter: Burckhardthaus Gelnhausen; Kosten: je Abschnitt 200 Euro (EZ); 226 Euro (EZ mit DU/WC); Info: Rita Herrgen, Telefon: 06051/89225, Telefax: 06051/89240, E-Mail: r.herrgen @burckhardthaus.de

13. 5. 2005, Mulhouse
Exkursion nach Mulhouse: „Grand Projet de Ville – Revitalisierung von Innenstadtquartieren“;
In Frankreich setzt die „Politique de la Ville“ teils ähnliche, teils unterschiedliche Akzente wie in Deutschland das Programm „Soziale Stadt“. Die Exkursion nach Mulhouse bietet Gelegenheit, das dortige „Grand Projet de Ville“ kennen zu lernen, besonders die Ansätze zur Revitalisierung altstädtischer Quartiere, zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, zu wirtschaftlichen Aktivitäten, zu Beteiligung und lokaler Demokratie – unter anderem in Form von Quartiersräten; Kosten: Rundfahrt, Verpflegung und Programm in Mulhouse sind frei, die Anfahrt erfolgt auf eigene Kosten, Fahrgemeinschaften (Gruppenkarten) können organisiert werden; Veranstalter: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V und Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg; Info (Anmeldung bis 15.4.2005): Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, Telefon: 0711/26339410, Telefax: 0711/2633941-9, E-Mail: info@boell-ba-wue.de